

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon +41 32 627 20 79
pd@sk.so.ch

EINLADUNG

an die Mitglieder des Solothurner Kantonsrates

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Einvernehmen mit dem Regierungsrat lade ich Sie ein zur

September-Session

Dienstag, 31. August 2021, 8.30 bis 12.30 Uhr

Mittwoch, 1. September 2021, 8.30 bis 12.00 Uhr

Mittwoch, 8. September 2021, 8.30 bis 12.00 Uhr

in den Kantonsratssal in Solothurn (bitte Schutzkonzept beachten).

Solothurn, 19. August 2021

Mit freundlichen Grüssen
Kantonsratspräsident
Hugo Schumacher

Hinweise

- Liste der hängigen Kantonsratsgeschäfte (grau unterlegt = spruchreif) S. 2
- Hängige Parlamentarische Vorstösse (grau unterlegt = spruchreif) S. 3
- Mitteilungen S. 36
- Liste der Mitglieder der Ratsleitung und der Mitglieder der Kommissionen S. 37

Präsident: Telefon: 032 682 03 88

Liste der hängigen Kantonsratsgeschäfte

KRG-Nr. Geschäft

(zust. Dept.)

I. Wahlprüfungen und Vereidigungen

II. Wahlen

III. Sachgeschäfte, Beschlüsse

SGB 048/2021	Globalbudget «Öffentlicher Verkehr» für die Jahre 2022 und 2023	(BJD)
SGB 130/2021	Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Bericht über die Erfüllung des Leistungsauftrags für die Jahre 2018–2020; Genehmigung	(DBK)
SGB 133/2021	Volksschule; Verlängerung der Beteiligung der Einwohnergemeinden an den Kosten der Sonderpädagogik bis 31. Juli 2026	(DBK)
SGB 134/2021	Geschäftsbericht 2020 der Solothurnischen Gebäudeversicherung	(VWD)
SGB 154/2021	Verordnung über Massnahmen des Kantons Solothurn für Publikumsanlässe von überkantonaler Bedeutung im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung Publikumsanlässe SO); Bewilligung eines Verpflichtungskredites im Zusammenhang mit dem Schutzschirm für Publikumsanlässe von überkantonaler Bedeutung (VWD)	(VWD)

IV. Rechtsetzungsgeschäfte

RG 095/2021	Änderung Verfassung des Kantons Solothurn; Öffentliche Schulen	(DBK)
RG 096/2021	Volksschulgesetz (VSG)	(DBK)
RG 118/2021	Änderung des Sozialgesetzes; freiwilliges Engagement, Selbsthilfe, Budget- und Schuldenberatung, Stärkung und Befähigung von Eltern	(DDI)
RG 129/2021	Öffentliches Beschaffungswesen: 1. Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) vom 15. November 2019; 2. Totalrevision des Gesetzes über öffentliche Beschaffungen (SubG) und Änderung weiterer Gesetze und 3. Änderung des Gebührentarifs	(STK)
RG 131/2021	Steuerungsgrössen im Finanz- und Lastenausgleich der Einwohnergemeinden für das Jahr 2022 (VWD)	(VWD)
RG 132/2021	Änderung des Gesetzes über Ausbildungsbeiträge (Stipendien-gesetz)	(DBK)

RG 155/2021 Verordnung über Massnahmen des Kantons Solothurn für Publikumsanlässe von überkantonaler Bedeutung im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung Publikumsanlässe SO)

(VWD)

V. Verordnungsvetos, Vernehmlassungen

VI. Volksaufträge

VA 135/2020 (DBK)

Volksauftrag «Klimagerechte Ernährung an Verpflegungsstätten der öffentlichen Hand» (07.07.2020)

Wir beauftragen den Regierungsrat, Richtlinien für eine klimafreundliche Ernährung an Verpflegungsstätten der öffentlichen Hand und an offiziellen Anlässen zu definieren und diese umzusetzen.

Unterschriften: 1. Samuel Röögli; insgesamt 240 beglaubigte Unterschriften.

Stellungnahme RR: 22.12.2020 (schriftlich)

Stellungnahme BIKUKO: 5.3.2021 (schriftlich)

VA 201/2020 (BJD)

Volksauftrag «Klimanotstand im Kanton Solothurn» (03.11.2020)

Die Regierung des Kantons Solothurn anerkennt die Klimakatastrophe als zu bewältigende Krise. Wir beauftragen den Regierungsrat, auf diese Krise zu reagieren, die Gesellschaft kompetent zu informieren und die Voraussetzungen zu schaffen, damit Bevölkerung und Wirtschaft des Kantons aktiv die notwendigen Änderungen mitgestalten. Wir fordern keinen Notstand im institutionellen Sinn - bei dem die demokratischen Rechte des Volkes beschnitten werden - sondern klimagerechtes Handeln. Budgetgestaltung, Gesetze, Massnahmen, Beschlüsse usw. müssen auf das von der Schweiz ratifizierte Welt-Klimaabkommen von 2015 in Paris ausgerichtet werden. Die durchschnittliche Erderwärmung soll 2 Grad Celsius nicht überschreiten, und bis spätestens 2050 sind die CO₂-Emissionen auf netto Null zu senken.

Erneuerbare Energien müssen ab sofort vor CO₂-belastende Investitionen gestellt werden und das Verursacherprinzip muss konsequent durchgesetzt werden..

Unterschriften: 1. Adrian Burki; insgesamt 452 beglaubigte Unterschriften.

Stellungnahme RR: 27.04.2021 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

VA 0114/2021 (VWD)

**Volksauftrag «Gesetzlich geregelter, kantonaler Mindestlohn für alle Angestellten»
(20.05.2021)**

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat einen Vorschlag für einen gesetzlich geregelten, kantonalen Mindestlohn zu unterbreiten, der folgende Anforderungen erfüllt:

Einen fairen Mindestlohn zum Leben schaffen:

- 1) Für alle im Kanton Solothurn Angestellten mit Vertrag im Stundenlohn oder Monatslohn.
- 2) Ausgenommen vom Mindestlohn sind Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, welche
 - a) ein obligatorisches, zeitlich befristetes Praktikum im Rahmen einer vom Kanton oder vom Bund anerkannten Ausbildung absolvieren,
 - b) jünger als achtzehn Jahre alt sind und während der Ferienzeit ihrer schulischen Hauptbeschäftigung einen Ferienjob ausüben,
 - c) Lernende in anerkannten Lehrbetrieben sind, oder
 - d) gemäss Art. 4 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz) als Familienmitglieder in Familienbetrieben von den Bestimmungen des Arbeitsgesetzes ausgenommen sind.
- 3) Branchenübergreifend.
- 4) Der Schutz vor Armut trotz Erwerbstätigkeit bietet.

Brutto Stundenlohn von mindestens 25 Franken (= 4'200 Franken/Monat bei 100

Unterschriften: 1. Corina Bolliger; insgesamt 100 beglaubigte Unterschriften

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

VII. Planungsbeschlüsse

VIII. Parlamentarische Initiativen

IX. Aufträge

A 080/2020 (DDI)

Auftrag Fabian Gloor (CVP, Oensingen): Impfen in den schulärztlichen Dienst integrieren (06.05.2020)

Die Impfberatung sowie die Schliessung von Impflücken sollen obligatorisch im Rahmen des schulärztlichen Dienstes kostenlos angeboten werden und das Gesundheitsgesetz entsprechend angepasst werden.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Fabian Gloor, 2. Dieter Leu, 3. Edgar Kupper, Peter Brotschi, Näder Helmy, Bruno Vögtli, Susan von Sury-Thomas (7)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 209/2020 (BJD)

Auftrag Michael Ochsenbein (CVP, Luterbach): Einen grossen Wurf in der Rückhaltung von Wasser umsetzen (04.11.2020)

Der Regierungsrat wird beauftragt, innert 20 Jahren Massnahmen in Infrastruktur und Organisation umzusetzen, um den Grossteil des anfallenden Meteorwassers rückhalten zu können, insbesondere um folgende Ziele zu realisieren:

- Wasser zu Verdunstungszwecken zurückhalten, damit Wasserkreisläufe auch in trockenen Phasen erhalten und gewährleistet werden können.
- Wasser zu Bewässerungszwecken zurückhalten, damit die Land- und Forstwirtschaft in trockenen Phasen auf genügend Wasser zurückgreifen kann.
- Wasser zurückhalten, um den Grundwasserspiegel in trockenen Phasen stabil halten zu können, um die Trinkwasserversorgung zu sichern.
- Wasser zu Kühlzwecken zurückhalten. Durch das Verdunsten von Wasser entstehen wichtige Kühleffekte, insbesondere in Hitzemonaten.
- Wasser in Weihern und Biotopen als Lebensraum und Vernetzung von Lebensräumen zurückhalten.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Michael Ochsenbein, 2. Georg Nussbaumer, 3. Edgar Kupper, Johannes Brons, Peter Brotschi, Rea Eng-Meister, Patrick Friker, Fabian Gloor, Karin Kissling, Sandra Kolly, Peter Kyburz, Dieter Leu, Josef Maushart, Tamara Mühlemann Vescovi, Stephanie Ritschard, Thomas Studer, Bruno Vögtli, Marie-Theres Widmer (18)

Stellungnahme RR: 06.04.2021 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 212/2020 (VWD)

Auftrag Verena Meyer-Burkhard (FDP.Die Liberalen, Mühledorf): Entschädigung für Biber-Schutzmassnahmen und Biber-Schäden (04.11.2020)

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine kantonale gesetzliche Grundlage zu schaffen, um die Kosten der Schäden, die der Biber beim Bau seiner Anlagen an Infrastruktur, Wald und landwirtschaftlichen Kulturen verursacht, ganz oder teilweise zu übernehmen. Um die Kosten von Schäden möglichst gering zu halten, sollen den betroffenen Gemeinden und/oder Landwirten zudem Beiträge an Biberschutzmassnahmen ausgerichtet werden.

Auf Verordnungsstufe sollen klare Regeln und Konzepte erarbeitet werden, wann seitens der betroffenen Gemeinden Massnahmen gegen den Biber ergriffen werden dürfen. Aufbau und Einführung eines Biber-Ampel-Systems sollen dazu dienen, die Massnahmen zielgerichtet und ohne ständige Einzelfallabsprachen und -verfügungen zuzuordnen.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Verena Meyer-Burkhard, 2. Martin Flury, 3. Peter Hodel, Philippe Arnet, Hans Büttiker, Karin Büttler-Spielmann, Enzo Cessotto, Markus Dietschi, Fabian Gloor, Michael Kummli, Edgar Kupper, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Marco Lupi, Stefan Nünlist, Georg Nussbaumer, Michael Ochsenbein, Daniel Probst, Martin Rufer, Christian Scheuermeyer, Thomas Studer, Heiner Studer, Urs Unterlerchner, Jonas Walther, Mark Winkler, Hansueli Wyss (26)

Stellungnahme RR: 06.04.2021 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 214/2020 (BJD)

Auftrag Christof Schauwecker (Grüne, Solothurn): Keine Abschaffung des GA für Studierende (11.11.2020)

Der Regierungsrat wird beauftragt, sich bei den Verkehrsbetrieben gegen die Abschaffung des Generalabonnements für Studierende einzusetzen. Sofern diese Bemühungen nicht fruchten, soll der Regierungsrat eine kantonale Lösung zur Abfederung der finanziellen Belastung in ähnlichem Masse ausarbeiten (beispielsweise durch eine Anpassung des Gesetzes über Ausbildungsbeiträge «Stipendengesetz»).

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Christof Schauwecker, 2. Barbara Wyss Flück, 3. Simone Wyss Send, Anna Engeler, Heinz Flück, Myriam Frey Schär (6)

Stellungnahme RR: 19.1.2021 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 02.07.2021 (schriftlich)

A 220/2020 (STK)

Auftrag Fraktion CVP/EVP/glp: Modernisierung und Digitalisierung der politischen Gremien im Kanton Solothurn (11.11.2020)

Das Gemeindegesetz, das Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz und das Kantonsratsgesetz sollen so angepasst werden, dass Beschlussfassungen der Exekutive auf kommunaler (inkl. Zweckverbände) wie kantonaler Ebene und der (legislativen) Kommissionen auch in Abwesenheit der Behördenmitglieder, also entweder auf dem Zirkularweg oder durch gleichzeitige virtuelle Präsenz (Telefon- oder Videokonferenz) gefasst werden können. Zudem sollen auch die Sitzungsführung und -vorbereitung, wo immer möglich und sinnvoll, digitalisiert werden.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Fabian Gloor, 2. Thomas Lüthi, 3. Michael Ochsenbein, Peter Brotschi, Alois Christ, Rea Eng-Meister, Patrick Friker, Nicole Hirt, Karin Kissling, Sandra Kolly, Edgar Kupper, Peter Kyburz, Dieter Leu, Josef Maushart, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Thomas Studer, Bruno Vögtli, Susan von Sury-Thomas, Jonas Walther, Marie-Theres Widmer, André Wyss (22)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 236/2020 (STK)

Auftrag Justizkommission: Kosten im verwaltungsinternen und verwaltungsgerichtlichen Beschwerdeverfahren (8.12.2020)

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Anpassung des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen zu prüfen, mit der die Kostenfolgen für beschwerdeführende Parteien, welche mit ihrer Beschwerde in erster Linie öffentliche oder eine Vielzahl von Menschen betreffende Interessen verfolgen, reduziert werden könnten.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Daniel Urech, 2. Johanna Bartholdi, 3. Alois Christ, Josef Fluri, Martin Flury, Urs Huber, Karin Kissling, Michael Kumkli, Dieter Leu, Matthias Racine, Urs Unterlerchner, Nadine Vögeli, Rémy Wyssmann (13)

Stellungnahme RR: 05.07.2021 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 247/2020 (BJD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Stopp den Planungsarbeiten für ein zentrales Untersuchungsgefängnis in Deitingen/Flumenthal (15.12.2020)

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Planungsarbeiten für ein zentrales kantonales Untersuchungsgefängnis im Schachen von Deitingen/Flumenthal abzubrechen. Dem Kantonsrat ist eine Vorlage zu unterbreiten, mit der Wahl eines Standortes oder mehrerer Standorte, die keinen Verlust von Kulturland bedeuten, der oder die mit dem öffentlichen Verkehr erreichbar sind und betriebliche Vorteile in Strafverfahren berücksichtigen.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Peter Brotschi, 2. Markus Spielmann, 3. Roberto Conti, Philippe Arnet, Remo Bill, Hans Büttiker, Daniel Cartier, Markus Dietschi, Anna Engeler, Heinz Flück, Josef Fluri, Martin Flury, Myriam Frey Schär, Patrick Friker, Silvia Fröhlicher, Kuno Gasser, Nicole Hirt, Peter Hodel, Michael Kumkli, Kevin Kunz, Beat Künzli, Edgar Kupper, Barbara Leibundgut, Marco Lupi, Thomas Lüthi, Tamara Mühlemann Vescovi, Michael Ochsenbein, Stefan Oser, Christian Scheuermeyer, Thomas Studer, Heiner Studer, Mark Winkler, Hansueli Wyss, Barbara Wyss Flück, Simone Wyss Send, Rémy Wyssmann (36)

Stellungnahme RR: 01.03.2021 (schriftlich)

Stellungnahme: 02.07.2021(schriftlich)

A 250/2020 (VWD)

Auftrag Thomas Studer (CVP, Selzach): Förderung von Solothurner Holz (15.12.2020)

Der Regierungsrat wird ersucht, die Solothurner Wald- und Holzwirtschaft zu unterstützen, indem er den Unternehmen, die bei ihren Bauvorhaben Solothurner Holz als Baumaterial verwenden, Prämien bis zu 10% der Kosten dieses Holzes rückvergütet. Das Gesuch beinhaltet die solothurnische Herkunft des verwendeten Bauholzes; die Menge des Holzes und den Preis, der mit dem Holzlieferanten vereinbart wurde. Die Unterstützung gilt ab Inkraftsetzung der Fördermassnahme durch den Kantonsrat für mindestens zwei Jahre.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Thomas Studer, 2. Walter Gurtner, 3. Peter Brotschi, Matthias Borner, Heinz Flück, Patrick Friker, Kuno Gasser, Peter Kyburz, Thomas Lüthi, Josef Maushart, Georg Nussbauer, Mark Winkler, Hansueli Wyss, Barbara Wyss Flück (14)

Stellungnahme RR: 27.04.2021 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 251/2020 (VWD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Public Private Partnership für die kantonale Standortförderung (15.12.2020)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die kantonale Fachstelle Standortförderung als Public Private Partnership zu organisieren und dem Parlament einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorzulegen.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Daniel Probst, 2. Josef Maushart, 3. Richard Aschberger, Philippe Arnet, Johanna Bartholdi, Hans Büttiker, Karin Büttler-Spielmann, Enzo Cessotto, Markus Dick, Tobias Fischer, Patrick Friker, Walter Gurtner, Peter Hodel, Michael Kummler, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Marco Lupi, Stefan Nünlist, Christian Scheuermeyer, Andreas Schibli, Christoph Scholl, Heiner Studer, Christian Thalmann, Mark Winkler, Hansueli Wyss (25)

Stellungnahme RR: 27.04.2021 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 010/2021 (DDI)

Auftrag fraktionsübergreifend: Kleine, niederschwellige Angebote als Ergänzung zu den drei Impfzentren (27.1.2021)

Die Regierung stellt sicher, dass – sobald genügend COVID-19-Impfstoff vorhanden ist – dieser möglichst rasch und möglichst allen impfwilligen Bevölkerungskreisen zugänglich gemacht wird. Es sind deshalb schnellstmöglich, nebst den drei Zentren Solothurn, Olten und Breitenbach, Hausarztpraxen sowie kleine, niederschwellige Impfzentren vorzubereiten. Diese müssen für alle in einer zumutbaren Distanz liegen und einfach erreichbar sein, idealerweise eines pro Bezirk.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Nicole Hirt, 2. Barbara Leibundgut, 3. Remo Bill, Richard Aschberger, Johanna Bartholdi, Hubert Bläsi, Peter Brotschi, Daniel Cartier, Enzo Cessotto, Alois Christ, Roberto Conti, Markus Dietschi, Silvia Fröhlicher, Kuno Gasser, Fabian Gloor, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Sandra Kolly, Edgar Kupper, Dieter Leu, Georg Lindemann, Thomas Lüthi, Josef Maushart, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Michael Ochsenbein, Christof Schauwecker, Christian Scheuermeyer, Christoph Scholl, Mathias Stricker, Thomas Studer, Heiner Studer, Daniel Urech, Bruno Vögtli, Susan von Sury-Thomas, Jonas Walther, Marie-Theres Widmer, Mark Winkler, André Wyss, Nicole Wyss (40)

Stellungnahme RR: 1.6.2021 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 011/2021 (DDI)

Auftrag Fraktion SVP: Aktionärsrechte bei der soH ausüben; sofort Transparenz schaffen! (27.1.2021)

Die Rechtsbeziehung zwischen dem Kanton und dem kantonalen Spital ist so auszugestalten, dass der Kantonsrat alle dem Kanton zustehenden Aktionärsrechte ausübt. Der Regierungsrat wird beauftragt, die erforderlichen rechtlichen Anpassungen vorzunehmen. Als dringende Sofortmassnahme wird der Regierungsrat verpflichtet, mittels eines zeitgerechten, mindestens monatlichen Finanz- und Liquiditätsreportings gegenüber dem Kantonsrat als legitime Aktionärsvertretung Transparenz zu schaffen.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Rémy Wyssmann, 2. Stephanie Ritschard, 3. Josef Fluri, Matthias Borner, Markus Dick, Tobias Fischer, Sibylle Jeker, Beat Künzli, Peter M. Linz, Christine Rütli, Rolf Sommer (11)

Stellungnahme RR: 08.06.2021 (schriftlich)

Stellungnahme SOGEKO: 27.01.2021 (schriftlich)

A 013/2021 (VWD)

Auftrag Fraktion SP/junge SP: Reduktion von risikoreichen Pestiziden durch Vorsorge auf Bundesebene (27.1.2021)

Der Regierungsrat setzt sich beim Bund für eine wirkungsvolle Reduktion des Einsatzes risikoreicher Pestizide ein, insbesondere durch eine restriktive Zulassung und Anwendung und eine angepasste Agrarpolitik.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Mathias Stricker, 2. Marianne Wyss, 3. Markus Ammann, Matthias Anderegg, Markus Baumann, Remo Bill, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Karin Kälin, Thomas Marbet, Mara Moser, Stefan Oser, Matthias Racine, Franziska Rohner, Anna Rüefli, Luzia Stocker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (18)

Stellungnahme RR: 28.06.2021 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 014/2021 (DBK)

Auftrag fraktionsübergreifend: Angebotsplanung Projekt optiSO+ (27.1.2021)

Die geplanten Massnahmen im Projekt optiSO+ sind im Bereich der Angebotsplanung zu überdenken.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Peter Brotschi, 2. Remo Bill, 3. Hubert Bläsi, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Markus Baumann, Alois Christ, Patrick Friker, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Urs Huber, Stefan Hug, Karin Kälin, Josef Maushart, Mara Moser, Tamara Mühlemann Vescovi, Michael Ochsenbein, Stefan Oser, Matthias Racine, Franziska Rohner, Anna Rüefli, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Nadine Vögeli, Susan von Sury-Thomas, Marianne Wyss, Nicole Wyss, Simone Wyss Send (29)

Stellungnahme RR: 15.06.2021 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 017/2021 (BJD)

Auftrag Christof Schauwecker (Grüne, Solothurn): Rechtsabbiegen für Velos gemäss Signalisationsverordnung des Bundes (27.1.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, gemeinsam mit dem Amt für Tiefbau, insbesondere mit der Abteilung Langsamverkehr, bei sämtlichen Lichtsignalanlagen auf Kantonsstrassen bzw. bei Einmündungen auf Kantonsstrassen zu überprüfen, ob die Bedingungen für das Rechtsabbiegen bei Rot für Velos gemäss der Signalisationsverordnung Artikel 69a «Zusatztafeln zu Lichtsigna-

len» erfüllt sind. Lichtsignalanlagen, welche die Bedingungen erfüllen, sollen entsprechend signalisiert werden.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Christof Schauwecker, 2. Heinz Flück, 3. Barbara Wyss Flück, Myriam Frey Schär, Daniel Urech, Simone Wyss Send (6)

Stellungnahme RR: 15.06.2021 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 020/2021 (FD)

Auftrag Nicole Wyss (SP, Oensingen): Aktionsplan zur Gleichstellung von Frau und Mann im Kanton Solothurn (27.1.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Strategie sowie einen Aktionsplan Gleichstellung sowohl für die kantonale Verwaltung - die als grosse Arbeitgeberin im Kanton mit gutem Beispiel vorangehen soll - als auch ausserhalb der kantonalen Verwaltung auszuarbeiten. Darin sollen entsprechende Ziele und Massnahmen definiert werden. Für die Ausarbeitung des Aktionsplans sind die entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Nicole Wyss, 2. Markus Baumann, 3. Franziska Rohner, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Silvia Fröhlicher, Urs Huber, Karin Kälin, Mara Moser, Stefan Oser, Matthias Racine, Anna Rüefli, Luzia Stocker, Marianne Wyss (15)

Stellungnahme RR: 15.06.2021 (schriftlich)

Stellungnahme FIKO: 18.08.2021 (schriftlich)

A 028/2021 (DDI)

Auftrag Fraktion SVP: Regierungsrat setzt sich beim Bundesrat für sofortige Lockerungen ein (2.3.2021)

Die SVP Kanton Solothurn fordert den Regierungsrat auf, sich beim Bundesrat mit Nachdruck für umgehende Lockerungen einzusetzen. Restaurants, Freizeit- & Sportanlagen mit Schutzkonzepten sind wieder zu öffnen. Die Homeoffice-Pflicht ist aufzuheben, damit die Menschen wieder an ihre Arbeitsplätze zurückkehren können.

Zudem soll der Kanton Solothurn grundsätzlich nicht mehr über allfällige, zukünftig vom Bund verordnete Pandemiemassnahmen hinausgehen dürfen.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Roberto Conti, 2. Rolf Sommer, 3. Beat Künzli, Matthias Borner, Johannes Brons, Markus Dick, Tobias Fischer, Walter Gurtner, Sibylle Jeker, Kevin Kunz, Peter M. Linz, Christine Rütli, Rémy Wyssmann (13)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 032/2021 (BJD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Mehr Bäume entlang von Kantonstrassen! (2.3.2021)

Entlang von Kantonsstrassen - inner- und ausserorts - soll bei bewilligungspflichtigen Strassenbauprojekten, d.h. im Rahmen der entsprechenden kantonalen Erschliessungsplanverfahren geprüft werden, ob - und wenn ja - wo sich das Pflanzen von Bäumen oder Baumalleen, bzw. -reihen eignet. Die Bäume sind im Rahmen entsprechender umfassender kantonalen Umgestaltungsprojekte zu pflanzen und anschliessend sachgerecht zu pflegen. Der Kanton wird zudem aufgefordert, gestützt auf konkrete Vorschläge der Standortgemeinden zu prüfen, ob und in welcher Höhe er sich angemessen an den Pflanzkosten von geeigneten Bäumen entlang von Kantonsstrassen auf Privatland aus Mitteln des Natur- und Heimatschutzfonds nach § 128 Abs. 4 lit. d des Planungs- und Baugesetzes beteiligen kann.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Silvia Fröhlicher, 2. Thomas Studer, 3. Mathias Stricker, Matthias Anderegg, Remo Bill, Peter Brotschi, Rea Eng-Meister, Patrick Friker, Kuno Gasser, Nicole Hirt, Urs Huber, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Thomas Lüthi, Thomas Marbet, Verena Meyer-Burkhard, Georg Nussbaumer, Michael Ochsenbein, Matthias Racine, Anna Rüefli, Luzia Stocker, Nadine Vögeli, Bruno Vögtli, Jonas Walther, Marianne Wyss, André Wyss (26)

Stellungnahme RR: 28.06.2021 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 033/2021 (DDI)

Auftrag Luzia Stocker (SP, Olten): Erarbeitung eines kantonalen Armutsmonitorings (2.3.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein regelmässiges Armutsmonitoring für den Kanton Solothurn einzuführen. Das Monitoring soll auf bestehenden statistisch relevanten Datenquellen beruhen und eine Auswertung von Armutsindikatoren beinhalten.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Luzia Stocker, 2. Stefan Oser, 3. Nadine Vögeli, Matthias Anderegg, Markus Baumann, Remo Bill, Anna Engeler, Simon Esslinger, Heinz Flück, Silvia Fröhlicher, Urs Huber, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Thomas Marbet, Mara Moser, Matthias Racine, Franziska Rohner, Anna Rüefli, Mathias Stricker, Thomas Studer, Daniel Urech, Susan von Sury-Thomas, Marianne Wyss, Nicole Wyss, Barbara Wyss Flück, Simone Wyss Send (27)

Stellungnahme RR: 05.07.2021 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 034/2021 (STK)

Auftrag Rolf Sommer (SVP, Olten): Offenlegung der Entschädigungen (3.3.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, mit der die nötigen verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen werden, dass alle Entschädigungen, welche an Mitglieder der Leitungs- und Aufsichtsorgane der mittelbaren Verwaltung auf kantonalen, überkommunalen und kommunalen Ebene fliessen (wie Honorare, Löhne, Auslagen, etc.), öffentlich bekannt gemacht werden müssen, soweit nicht zwingende Bestimmungen des Bundesrechts entgegenstehen.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Rolf Sommer, 2. Rémy Wyssmann, 3. Markus Dick, Matthias Borner, Roberto Conti, Peter M. Linz, Christine Rütli (7)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 035/2021 (FD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Massnahmenplan zur Verbesserung der Kantonsfinanzen (3.3.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, einen neuen Massnahmenplan auszuarbeiten, um die Finanzen des Kantons nachhaltig zu stabilisieren und zu verbessern. Jene Massnahmen, welche in der Kompetenz des Regierungsrates liegen, müssen rasch möglichst umgesetzt werden.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Daniel Probst, 2. Richard Aschberger, 3. Michael Ochsenbein, Philippe Arnet, Johanna Bartholdi, Matthias Borner, Hans Büttiker, Karin Büttler-Spielmann, Daniel Cartier, Enzo Cessotto, Roberto Conti, Markus Dick, Markus Dietschi, Tobias Fischer, Martin Flury, Patrick Friker, Kuno Gasser, Fabian Gloor, Walter Gurtner, Peter Hodel, Sibylle Jeker, Michael Kummli, Kevin Kunz, Beat Künzli, Edgar Kupper, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Peter M. Linz, Marco Lupi, Josef Maushart, Verena Meyer-Burkhard, Stefan Nünlist, Martin Rufer, Christine Rütli, Christian Scheuermeyer, Andreas Schibli, Christoph Scholl, Markus Spielmann, Thomas Studer, Heiner Studer, Christian Thalmann, Urs Unterlerchner, Bruno Vögtli, Christian Werner, Mark Winkler, Hansueli Wyss, Rémy Wyssmann (47)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 109/2021 (BJD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Arealentwicklung RBS-Bahnhof Solothurn für künftige Generationen sicherstellen (12.05.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt (falls möglich zusammen mit der Stadt Solothurn), auf dem Gebiet des neuen RBS-Bahnhof Solothurn Vorinvestitionen zu tätigen, um eine spätere Überbauung des Areals sicherzustellen.

Begründung 12.05.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Urs Unterlerchner, 2. Matthias Anderegg, 3. Richard Aschberger, Markus Ammann, Philippe Arnet, Johanna Bartholdi, Samuel Beer, Remo Bill, Daniel Cartier, Heinz Flück, Martin Flury, Christian Ginsig, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Marco Lupi, Matthias Meier-Moreno, Simon Michel, Tamara Mühlemann Vescovi, Stefan Nünlist, Michael Ochsenbein, Martin Rufer, Simone Rusterholz, Patrick Schlatter, Beat Späti, Susan von Sury-Thomas, Marie-Theres Widmer, Mark Winkler (28)

Stellungnahme RR: 22.06.2021 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 110/2021 (VWD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Natur- und umweltverträgliche Freizeitgestaltung auf der Aare ermöglichen (12.05.2021)

Es ist ein Schutz- und Nutzungskonzept (inkl. Sensibilisierungskampagnen) für die Aare-Abschnitte Lüsslingen-Solothurn und Feldbrunnen-Flumenthal zu erarbeiten. Dies unter Einbezug aller Anspruchsgruppen. Gleichzeitig hat der Regierungsrat beim Bundesrat ein Gesuch einzureichen, das entsprechende Objektblatt bei nächster Gelegenheit zu revidieren bzw. anzupassen.

Begründung 12.05.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Urs Unterlerchner, 2. Matthias Anderegg, 3. Michael Ochsenbein, Markus Ammann, Philippe Arnet, Johanna Bartholdi, Samuel Beer, Remo Bill, Heinz Flück, Martin Flury, Christian Ginsig, Fabian Gloor, David Häner, Rolf Jeggli, Freddy Kreuchi, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Marco Lupi, Matthias Meier-Moreno, Simon Michel, Tamara Mühlemann Vescovi, Stefan Nünlist, Georg Nussbaumer, David Plüss, Daniel Probst, Martin Rufer, Simone Rusterholz, Christine Rütli, Patrick Schlatter, Beat Späti, Mathias Stricker, Susan von Sury-Thomas, Hansueli Wyss, Rémy Wyssmann (34)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 112/2021 (STK)

Auftrag Anna Engeler (Grüne, Olten): Sicherstellung einer Alternative zur Nutzung der SwissID für den Zugriff auf elektronische Dienstleistungen im Kanton Solothurn (12.05.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, der Bevölkerung einen alternativen Zugang zur Nutzung der privatwirtschaftlichen Lösung der SwissSign Group (SwissID) für den Zugriff auf die kantonalen E-Portale zur Verfügung zu stellen.

Begründung 12.05.2021: schriftlich

Unterschriften: 1. Anna Engeler, 2. Janine Eggs, 3. Barbara Wyss Flück, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, David Gerke, Daniel Urech, Simone Wyss Send (9)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 139/2021 (BJD)

Auftrag Mark Winkler (FDP.Die Liberalen, Witterswil): Abschaffung der Steuerbefreiung für Elektrofahrzeuge und Solarfahrzeuge (06.07.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Besteuerung aller Motorfahrzeuge unabhängig von der Antriebsart einzuführen. Die Steuerbemessung soll die Fahrzeuge gleich behandeln, beispielsweise nach Fahrzeuggewicht mit einer Mindeststeuer pro Fahrzeugart. Basis dieser Steuer soll die heutige Minimalsteuer der entsprechenden Fahrzeugkategorie mit fossilem Antrieb sein.

Begründung 06.07.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Mark Winkler, 2. Georg Lindemann, 3. Richard Aschberger, Philippe Arnet, Matthias Borner, Johannes Brons, Roberto Conti, Tobias Fischer, Josef Fluri, Martin Flury, Patrick Friker, Kuno Gasser, David Häner, Rolf Jeggli, Sibylle Jeker, Freddy Kreuchi, Michael Kummli,

Kevin Kunz, Edgar Kupper, Barbara Leibundgut, Marco Lupi, Matthias Meier-Moreno, Andrea Meppiel, Simon Michel, Tamara Mühlemann Vescovi, Stefan Nünlist, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, David Plüss, Philippe Ruf, Christine Rützi, Patrick Schlatter, Rolf Sommer, Beat Späti, Markus Spielmann, Christian Thalmann, Urs Unterlerchner, Bruno Vögtli, André Wyss, Hansueli Wyss, Rémy Wyssmann (41)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 140/2021 (DDI)

Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Biometrische Fotos auf Grenzgänger- und Ausländerausweisen (06.07.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, beim Bund zu intervenieren, dass Fotos für Grenzgänger- und Ausländerausweise nicht ausschliesslich in den Kantonen gemacht werden können, wo die Antragsteller wohnen oder wo der Sitz des Arbeitgebers ist.

Begründung 06.07.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Mark Winkler, 2. Markus Spielmann, 3. Stefan Nünlist, Philippe Arnet, Daniel Cartier, Martin Flury, David Häner, Freddy Kreuchi, Barbara Leibundgut, Marco Lupi, Simon Michel, David Plüss, Martin Rufer, Beat Späti, Urs Unterlerchner, Hansueli Wyss (16)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 142/2021 (KR)

Auftrag Fraktion CVP/EVP: Überprüfung des Wahlverfahrens der kantonalen Beamten und Beamtinnen (07.07.2021)

Die Regierung und die Ratsleitung werden beauftragt, die Vorbereitung, die Art und den Zeitpunkt der Wahlen der kantonalen Beamten und Beamtinnen zu überprüfen und allenfalls notwendig erscheinende Änderungen inkl. der nötigen Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen vorzuschlagen.

Begründung 07.07.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Patrick Friker, 2. Patrick Schlatter, 3. Marie-Theres Widmer, Rea Eng-Meister, Kuno Gasser, Fabian Gloor, Rolf Jeggli, Karin Kissling, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Sarah Schreiber, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas, André Wyss (18)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 144/2021 (STK)

Auftrag André Wyss (EVP, Rohr): Kantonsratswahlen sollen an einem abstimmungs-freien Sonntag durchgeführt werden (07.07.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, dafür besorgt zu sein, dass die Kantonsratswahlen zukünftig an einem abstimmungsfreien Sonntag durchgeführt werden.

Begründung 07.07.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. André Wyss, 2. Susan von Sury-Thomas, 3. Kuno Gasser, Rea Eng-Meister, Patrick Friker, Fabian Gloor, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Patrick Schlatter, Sarah Schreiber, Thomas Studer, Benjamin von Däniken, Marie-Theres Widmer (19)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 147/2021 (STK)

Auftrag Rémy Wyssmann (SVP, Kriegstetten): Verschleppung von Zugangsgesuchen verhindern (07.07.2021)

§ 35 InfoDG ist neu mit einem Absatz 3 wie folgt zu ergänzen:

Erfolgt innert einer Frist von 40 Tagen keine verbindliche Stellungnahme im Sinne einer Gutheissung, Einschränkung, Aufschiebung oder Abweisung des Zugangsgesuchs gilt der Zugangsanspruch als anerkannt.

Begründung 07.07.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Rémy Wyssmann, 2. Tobias Fischer, 3. Rolf Sommer, Richard Aschberger, Johannes Brons, Markus Dick, Thomas Giger, Sibylle Jeker, Andrea Meppiel, Werner Ruchti, Philippe Ruf, Urs Unterlerchner (12)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 148/2021 (VWD)

Auftrag David Gerke (Grüne, Biberist): Kantonale Kompetenz zur Bewilligung des Schalldämpfers auf der Jagd ausschöpfen (07.07.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt, insbesondere aus Gründen des Lärmschutzes den Spielraum gemäss Artikel 3 der eidgenössischen Jagdverordnung (JSV) zur Erteilung von Bewilligungen für die Verwendung von Schalldämpfern bei der Jagd zur Verhütung von Wildschäden auszuschöpfen.

Begründung 07.07.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. David Gerke, 2. Simone Wyss Send, 3. Anna Engeler, Janine Eggs, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Christof Schauwecker, Daniel Urech, Barbara Wyss Flück (10)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 152/2021 (FD)

Auftrag Matthias Anderegg (SP, Solothurn): Einkommenssteuerpflicht für kleine Photovoltaikanlagen entfällt (07.07.2021)

Der Regierungsrat wird beauftragt private Betreiber und Betreiberinnen von kleinen Photovoltaikanlagen mit einer Leistung bis zu 20 Kilowatt (kW) von der Einkommenssteuerpflicht für die Erträge aus diesen Anlagen zu befreien. Es sind die dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen.

Begründung 07.07.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Matthias Anderegg, 2. Mathias Stricker, 3. Silvia Fröhlicher, Richard Aschberger, Corina Bolliger, Heinz Flück, Marco Lupi, Georg Nussbaumer, Daniel Probst, Beat Späti, Nadine Vögeli (11)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

X. Interpellationen

I 242/2020 (DDI)

Interpellation Stephanie Ritschard (SVP, Riedholz): Veröffentlichung der Portraits von freigelassenen Sexualstraftätern, Opferrechte vor Täterrechten (9.12.2020)

In letzter Zeit ereigneten sich schweizweit, aber auch im Kanton Solothurn, Verbrechen, welche von verurteilten und vorzeitig freigelassenen Sexualstraftätern begangen wurden. Es sind Wege und Mittel zu finden, diese Folgeverbrechen zu verhindern und die Bevölkerung – junge Frauen und Kinder – durch präventive Informationen vor schrecklichen Wiederholungstaten zu schützen. Wenn der Gesetzgeber nicht fähig ist, unsere Kinder zu schützen, so soll die Bevölkerung wenigstens die Möglichkeit haben, sich präventiv selbst zu schützen. Hier gilt die Devise Opferchutz vor Täterschutz!

In einigen US-amerikanischen Bundesstaaten publizieren die Behörden die Portraits und Wohnadressen freigelassener Sexualstraftäter unter Angabe der begangenen Sexualstraftaten sowie der Dauer der Freiheitsstrafe. In einigen Ländern werden Register von den Sexualstraftätern veröffentlicht. Es werden sogar Auflagen geltend gemacht, dass Sexualstraftäter nicht in der Nähe von Schulen, Kindertagesstätten und familienreichen Quartieren wohnen dürfen. Registrierte Sexualstraftäter dürfen sich demnach nicht für Facebook oder andere Social-Media-Plattformen anmelden oder diese nutzen. Es geht schliesslich um die Sicherheit der Bürger und Bürgerinnen und um die Frage, wie effektiv unser Rechtssystem noch ist.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist es dem Kanton Solothurn rechtlich und technisch möglich, die Portraits freigelassener Sexualstraftäter via Internet oder einer App zu veröffentlichen?
2. Wenn nicht: Welche rechtlichen Bestimmungen stehen einer solchen Veröffentlichung entgegen?
3. Kann der Kanton Solothurn kantonale Rechtsgrundlagen für ein öffentliches Register der freigelassenen Sexualstraftäter erlassen?
4. Ist der Schutz der körperlichen und sexuellen Integrität der Bevölkerung vor allem junger Frauen und Kinder nicht höher zu gewichten als der Schutz der Persönlichkeit verurteilter Sexualstraftäter?
5. Steht die Veröffentlichung der Namen und Wohnadressen verurteilter Sexualstraftäter einer erfolgreichen Resozialisierung der Straftäter entgegen?

Begründung 09.12.2020: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Stephanie Ritschard (1)

Stellungnahme RR: 25.01.2021 (schriftlich)

I 248/2020 (BJD)

Interpellation Urs Huber (SP, Obergösgen): Cargo Sous Terrain – Aufwand und Probleme für den Kanton Solothurn? (15.12.2020)

«Cargo Sous Terrain macht vorwärts», so lautete kürzlich eine Schlagzeile in den Medien. Auch wenn die Projektdauer scheinbar lange Zeithorizonte aufweist, sollen Zürich und Härkingen/Niederbipp schon 2031 mit einem Tunnel verbunden sein und erste Fahrzeuge verkehren. Bisher wird immer sehr wohlwollend, aber auch mit einer gewissen Oberflächlichkeit über das Projekt «Cargo Sous Terrain» gesprochen.

Die Chancen für ein Desaster wie beim deutschen Transrapid sind aber mindestens so gross. Viele Investitionen, öffentliche Gelder und grosser Planungsaufwand und am Schluss eine Planungsruine. Cargo Sous Terrain wäre neben Strasse und Schiene eine neue zusätzliche Güterinfrastruktur.

Es ist zu vermuten, dass gerade die Region Gäu statt einer Entlastung eine weitere Belastung durch einen geplanten Hub erfahren würde. Es muss mit weiterem massivem Landverlust und weiterer Konzentration des Güterverkehrs von und zum Hub gerechnet werden.

Es ist bekannt, dass bei den betroffenen Stellen auf allen Ebenen auch kritische Stimmen vorhanden sind, diese sich aber aus politischer Opportunität oder «Das wird ja eh nichts»-Mentalität nicht äussern.

Da bis jetzt öffentlich fast nur mediale Zuneigung erfolgte, möchten wir dem Regierungsrat eher kritische Fragen stellen, um Aufwand und Folgen für den Kanton Solothurn einordnen zu können. Jedes Projekt, vor allem solche Grossvorhaben, sollten schon zu Beginn kritisch beurteilt und begleitet werden.

Wir möchten dem Regierungsrat darum folgende Fragen in Sachen «Cargo Sous Terrain» stellen:

1. Wie sind und waren die kantonalen Stellen bisher in das Projekt Cargo Sous Terrain involviert? Welche Aufwände wurden bisher getätigt?
2. Wie werden zukünftige Aufwendungen für den Kanton und die Gemeinden in nächster und weiterer Zukunft grundsätzlich eingeschätzt?
3. Welche Auswirkungen hätte dieses Projekt in einer allfälligen Bauphase?
4. Welche Auswirkungen hätte dieses Projekt bei allfälligem Betrieb betreffend Landverlust, Zufahrtsinfrastruktur und zusätzlicher Verkehrsbelastung mittel- und langfristig für die Region?
5. Sind aktuell konkrete Pläne oder Projektideen für einen Hub im Raum Härkingen/Niederbipp bekannt?
6. Welche rechtlichen Bedingungen gelten für dieses Projekt, den Bau und den Betrieb eines solchen Hubs? Wären auch Enteignungen möglich?

Begründung: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Urs Huber, 2. Simon Esslinger, 3. Silvia Fröhlicher, Markus Baumann, Stefan Hug, Karin Kälin, Thomas Marbet, Stefan Oser, Anna Rüefli, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Nadine Vögeli, Marianne Wyss, Nicole Wyss (14)

Stellungnahme RR: 15.01.2021 (schriftlich)

I 249/2020 (BJD)

Interpellation Christof Schauwecker (Grüne, Solothurn): Tempo 30 auf Kantonsstrassen (15.12.2020)

In zahlreichen Solothurner Gemeinden wurden auf Quartierstrassen Tempo 30-Zonen eingerichtet. Durch Tempo 30 werden die Quartiere attraktiver, sicherer und ruhiger. Tempo 30 reduziert nachhaltig den Strassenlärm und verbessert den Verkehrsfluss. Das ist in Fachkreisen schweizweit seit Langem unbestritten. In anderen Kantonen wurden auch Kantonsstrassen-Abschnitte in Tempo 30-Zonen integriert (z.B. BS, BE, ZH) oder separat als Tempo 30-Strecken mit der Höchstgeschwindigkeit Tempo 30 signalisiert (BE, GR, LU, ZG).

Diverse Gemeinden haben in letzter Zeit im Rahmen von Lärmsanierungsprojekten die Absicht geäußert, einen Teil von Kantonsstrassen in eine Tempo 30-Strecke umzuwandeln (Rodorsdorf, Rüttenen, Walterswil). Zu allen diesen Begehren hat sich die Regierung stets negativ positioniert. Dabei hat das Bundesgericht schon mehrfach zugunsten von Tempo 30 auf Kantonsstrassen entschieden. So schreibt es im BGE_1C_17/2010: «Ausnahmsweise und bei besonderen örtlichen Gegebenheiten kann aber auch ein Hauptstrassenabschnitt in eine Tempo 30-Zone einbezogen werden, namentlich in einem Ortszentrum oder in einem Altstadtgebiet» und im BGE 1C_589/2014 (Grabenstrasse) Zug bestätigte es, dass Tempo 30 als Lärmschutzmassnahmen zulässig, verhältnismässig und allenfalls geboten ist. Kürzlich hat das Verwaltungsgericht des Kantons Solothurn im Fall des Lärmsanierungsprojekts Rüttenen aufgrund einer Beschwerde der VCS Sektion Solothurn entschieden, dass das Projekt nicht umsetzbar und die Einführung von Tempo 30 zu prüfen sei.

In der Medienmitteilung vom 10. November 2020 betreffend dem Revisionspaket zum Strassenverkehrsrecht spricht die Beratungsstelle für Unfallverhütung (BFU) von einem notwendigen Paradigmenwechsel in der Verkehrsplanung: der Fokus dürfe nicht mehr ausschliesslich auf siedlungsorientierten Strassen liegen, vielmehr müssen auch Hauptverkehrsachsen einbezogen werden. Denn auf verkehrsorientierten Strassen sei das Rettungspotential (Vermeidung/Reduktion von Unfällen) grösser als auf siedlungsorientierten Strassen. Weiter bietet die laufende Revision des Strassenverkehrsrechts aus Sicht der BFU die Gelegenheit, die Bestimmungen zur Einführung von Tempo 30-Anordnungen zu vereinfachen, und so das Verkehrssicherheitsdefizit in Städten und Dörfern nachhaltig anzugehen.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Stellt eine Gemeinde beim Kanton ein Gesuch für eine Tempo 30-Strecke auf einem Kantonsstrassenabschnitt innerorts, welche Schritte durchläuft dieses Gesuch innerhalb der Verwaltung? Wurden bereits solche Gesuche von Gemeinden gestellt? Wenn ja, welche Gemeinden?
2. Mit welchen Begründungen wurden bisherige Begehren von Gemeinden abgelehnt und welche Möglichkeiten haben die Gemeinden, um sich für ihr Anliegen zu wehren?
3. Welche Konsequenzen hat das Urteil im Fall des Lärmsanierungsprojekts Rüttenen auf die zukünftige Beurteilung von Tempo 30-Strecken auf Hauptstrassen im Kantonsgebiet?
4. Wie stellt sich der Regierungsrat zu den vom Bundesgericht bestätigten Vorteilen von Tempo 30-Strecken auf Kantonsstrassen innerorts?
5. Gibt es Projekte im Kanton Solothurn, in welchen ein Hauptstrassenabschnitt in eine Tempo 30-Zone der Gemeinde integriert wurde oder werden soll?
6. Wie stellt sich der Regierungsrat zur Integration von Hauptstrassenabschnitten in eine Tempo 30-Zone innerhalb der Gemeinde?
7. Wie beurteilt der Regierungsrat den Sicherheitsgewinn durch Geschwindigkeitsreduktion auf Kantonsstrassen, welcher sich durch Tempo 30-Zonen resp. Tempo 30-Strecken ergibt/ergeben kann, insbesondere in Mischzonen (MIV, strassengebundener ÖV, Zweiradverkehr), in welchen die Platzverhältnisse keine zusätzlichen, separaten Velostreifen zulassen?
8. Wie gedenkt der Regierungsrat den in der BFU-Stellungnahme vom 10. November 2020 geforderten Paradigmawechsel zur Steigerung der Verkehrssicherheit auf Hauptverkehrsachsen umzusetzen?

9. Wie stellt sich der Regierungsrat zur beabsichtigten Vereinfachung der Bestimmungen zur Einführung von Tempo 30-Anordnungen, um das Verkehrssicherheitsdefizit in Städten und Dörfern nachhaltig anzugehen?

Begründung: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Christof Schauwecker, 2. Heinz Flück, 3. Anna Engeler, Myriam Frey Schär, Barbara Wyss Flück, Simone Wyss Send (6)

Stellungnahme RR: 27.04.2021 (schriftlich)

I 252/2020 (DBK)

Interpellation fraktionsübergreifend: Künftige Entwicklung der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) (8.12.2020)

Die Fachhochschule Nordwestschweiz hat sich in den vergangenen Jahren gut entwickelt. In den letzten zehn Jahren ist die Anzahl der Studierenden von 8'172 (2009) auf 12'646 (2019) um 55 Prozent gestiegen. Gleichzeitig stieg die Anzahl Stellen um 41 Prozent, der finanzielle Aufwand und Ertrag um 27 Prozent respektive 28 Prozent und die Beiträge der vier Trägerkantone von 212,6 Mio. Franken auf 242,8 Mio. Franken um 14 Prozent.

Heute bietet die FHNW 29 Bachelor-Studiengänge und 18 Master-Studiengänge an. In der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung werden 1'261 Projekte mit Praxispartnern mit Drittmitteln von 59,0 Mio. Franken und einem Deckungsgrad direkte Kosten von 79 Prozent bearbeitet.

Mit der Zustimmung zum neuen Leistungsauftrag an die Fachhochschule Nordwestschweiz hat der Kantonsrat für die Jahre 2021–2024 einen Verpflichtungskredit von 151'256'000 Franken bewilligt. Aufgrund der angespannten Finanzlage in den kommenden Jahren stellen sich für die künftige finanzielle und inhaltliche Entwicklung der Fachhochschule Nordwestschweiz folgende Fragen:

1. Soll das Wachstum der FHNW fortgeführt werden oder gibt es Alternativen zur Wachstumsstrategie?
2. Wie könnte eine Alternative zur Wachstumsstrategie resp. eine nachhaltige Entwicklung der FHNW aussehen?
3. Was sind die Kostentreiber der FHNW?
4. Ist der Regierungsrat bereit, mit den anderen Trägerkantonen nach Lösungen zu suchen, um das Kostenwachstum zu bremsen?
5. Sind die ökonomischen und gesellschaftlichen Effekte der FHNW auf den Trägerkanton Solothurn bekannt? Falls nein, wäre der Regierungsrat bereit, diese Effekte näher zu untersuchen?
6. Der Kanton Solothurn beschäftigt sich mit der Realisierung der zweiten Ausbau-Etappe der Fachhochschule Nordwestschweiz am Standort Olten. Gibt es bereits Pläne, welche Hochschulen in den neuen Gebäuden beheimatet werden und welche Studiengänge angeboten werden sollen?
7. Wie steht der Regierungsrat zur Idee, dass in den neuen Gebäuden in Olten Studiengänge angeboten werden, welche insbesondere für den Wirtschaftskanton Solothurn wichtig sind, wie z.B. Logistik und Digitalisierung?
8. Wie steht der Regierungsrat zur Idee, in den neuen Gebäuden in Olten einen Weiterbildungshub für den Bildungsraum Nordwestschweiz mit Strahlkraft in die ganze Schweiz aufzubauen?
9. Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass der Hauptsitz der Hochschule für Wirtschaft unbedingt am Standort Olten bleiben muss und dieser sogar gestärkt werden soll?
10. Auf welche Hochschulen und Studiengänge würde der Regierungsrat am Standort Olten verzichten, um die Hochschule für Wirtschaft mit neuen Themen und Studiengängen zu

stärken?

Begründung: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Daniel Probst, 2. Josef Maushart, 3. Richard Aschberger, Johanna Bartholdi, Hans Büttiker, Karin Büttler-Spielmann, Enzo Cessotto, Markus Dick, Tobias Fischer, Patrick Friker, Walter Gurtner, Peter Hodel, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Stefan Nünlist, Christian Scheuermeyer, Andreas Schibli, Christoph Scholl, Heiner Studer, Urs Unterlerchner, Mark Winkler (21)

Stellungnahme RR: 23.02.2021 (schriftlich)

I 254/2020 (STK)

Interpellation André Wyss (EVP, Rohr): «Beziehungen des Kantons Solothurn zu China» (15.12.2020)

Der Kanton Solothurn verfügt über Freundschaftsverträge mit den Provinzen Gansu (seit 2010) und Heilongjiang (seit 2015). Die kantonale Wirtschaftsförderung betreibt in diesem Zusammenhang die Website <https://china.so.ch>. Die Beziehung des Kantons Solothurn zur Volksrepublik China geht auf die Initiative der Hochschule für Wirtschaft FHNW zurück. Die ersten Kontakte liegen bereits 25 Jahre zurück. Gemäss Presseberichten pflegte Hochschuldirektor Ruedi Nützi langjährige gute Beziehungen zu Parteisekretär Wang Xiankui.

Eine Woche nach der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrags mit Heilongjiang wurde bekannt, dass in dieser chinesischen Provinz Andersdenkende teils besonders brutal verfolgt werden. Amnesty International lagen mehrere verifizierte Foltervorwürfe vor. Menschen wurden gekidnappt, gefoltert und viele starben an den Folgen. In einem Bericht der SZ vom 3.10.2015 hiess es von Seiten der Regierung, dass sie von den Vorwürfen nichts gewusst habe. Sie nehme die Angelegenheit aber sehr ernst und werde diese sofort nach den Herbstferien Ende Oktober zum Thema machen. Zu welchem Schluss man nach einer Prüfung der Vorwürfe vonseiten der Falun-Gong-Bewegung kommen werde, sei noch völlig ungewiss. Man könne sich aber vorstellen, im Rahmen einer solchen Partnerschaft neben den rein wirtschaftlichen Interessen künftig auch Menschenrechtsfragen zu thematisieren.

In den fünf Jahren, die seit diesen Aussagen vergangen sind, hat sich aufgrund verschiedener Presseberichte gezeigt, dass das teils brutale Vorgehen der kommunistischen Partei Chinas kein Einzelfall ist. In einer anderen Provinz (Xinjiang) sind Millionen von Uiguren und Kasachen in Lagern interniert, wo sie systematisch unterdrückt werden (siehe u.a. Bericht in der SZ vom 11.12.2020). Weitere bekannte Beispiele sind die Vorgehensweisen in Hong Kong und Taiwan. Die kommunistische Partei Chinas scheint also keineswegs gewillt, dem Wunsch des Westens im Sinne von «Wandel durch Handel» zu entsprechen. China ist ein autoritäres Regime, das regelmässig die Menschenrechte verletzt.

In diesem Zusammenhang bitten wir die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stuft der Regierungsrat heute diese Beziehung zu den beiden chinesischen Provinzen ein? Welchen Nutzen hat der Kanton Solothurn dadurch? Welche Nachteile (Kosten, Verpflichtungen o.ä.) sind bisher entstanden bzw. entstehen?
2. Welche Kontakte fanden in den letzten Jahren mit welchen Zielen statt?
3. Was ist der Inhalt der beiden Verträge mit Gansu und Heilongjiang? Ist der Text der Verträge für die Öffentlichkeit zugänglich? Wenn nein, warum nicht?
4. Was hat die Regierung seit Oktober 2015, also seit dem Bekanntwerden der Foltervorwürfe von Amnesty International, in dieser Sache unternommen? Zu welchen Schlüssen ist die Regierung in ihren Abklärungen gekommen?
5. Wurden im Kontakt mit den beiden befreundeten chinesischen Provinzen die Menschenrechte thematisiert? Wenn ja, was hat sich daraus ergeben? Wenn nein, warum nicht?
6. Sieht der Regierungsrat heute Handlungsbedarf in Bezug auf die Beziehungen zu China?

Wenn ja, welchen? Wenn nein, warum nicht?

7. Welche Art von Menschenrechtsverletzungen wäre für den Regierungsrat ein Grund, die Freundschaftsverträge zu beenden?

Begründung: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. André Wyss, 2. Marie-Theres Widmer, 3. Thomas Lüthi, Karin Büttler-Spielmann, Kuno Gasser, Nicole Hirt, Susanne Koch Hauser, Edgar Kupper, Peter Kyburz, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Michael Ochsenbein, Thomas Studer, Bruno Vöggtli, Susan von Sury-Thomas (15)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 105/2021 (VWD)

Interpellation Matthias Andereg (SP, Solothurn): Wo steht das Holzenergiekonzept im Kanton Solothurn? (12.05.2021)

Das aktuelle Holzenergiekonzept des Kantons Solothurn stammt aus dem Jahr 1986. Es wurde zweimal eine Zwischenbilanz gezogen. Die erste im Jahr 1991 und zweite 2009. Aufgrund der momentanen Situation ist eine Aktualisierung zu prüfen.

In den Forstbetrieben steht eine Unmenge an Holz zur Verfügung, welches einer energetischen Verwendung zugeführt werden kann. Insgesamt liegt aktuell in den Waldungen der Bürgergemeinde Solothurn rund 5'000 Festmeter Energieholz mit einer kalkulatorischen Leistung von 11'200 MWh und wartet auf eine sinnvolle Verwendung. Dies entspricht einem jährlichen Energiebedarf von rund 1'900 gut gedämmten Einfamilienhäusern. Das meiste Holz stammt aus Zwangsnutzungen, wie dem Sturm Burglind oder den massiven Ausfällen durch die Klimaveränderung, aus Sicherheitsholzschnitten sowie aus Schutzwaldeingriffen und aus Sicherheitsholzeisen entlang von Kantons- und Gemeindestrassen. Man kann davon ausgehen, dass auch in anderen Forstbetrieben sehr viel Energieholz ungenutzt vorhanden ist.

In Solothurn (und Umgebung) ist Wood-Waste ein latentes Thema, das durch den steten Wegfall einheimischer Verarbeitungskapazitäten immer vordringlicher wird.

Die nationale Energiestrategie sieht vor, erneuerbare Energien zu fördern und dazu zählt die Holzenergie. Arbeitsplätze und Wertschöpfung könnten effektiv in den Regionen gehalten bzw. geschaffen werden und der nachwachsende, CO₂-neutrale Rohstoff Holz könnte einer sinnigen Verwendung zugeführt werden.

Es ist vermehrt festzustellen, dass grössere Holzheizungen (Fernwärmeverbände) erstellt werden und nach Inbetriebnahme wird bei der Holzbeschaffung kein Wert auf die Transportdistanzen gelegt. Es ist heute daher durchaus üblich, dass Holz aus dem Kanton Jura im Kanton Graubünden (Axpo-Tegra als Versorger der Ems Chemie) verbrannt wird. Dieser Umstand ist ein Absurdum, erst recht, wenn behauptet wird, dass Holz ein CO₂-neutraler Brennstoff ist.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Teilt die Regierung die Ansicht, dass eine Aktualisierung oder eine Neuauflage des Holzenergiekonzepts nötig ist?
2. Wird das Nutzungspotential von Energieholz im Kanton ausgeschöpft?
3. Gibt es laufende Förderprogramme zur Nutzung von Energieholz?
4. Ist die Regierung bereit, weitere Fördermittel zur Verfügung zu stellen?
5. Was wird momentan unternommen um das Potential der Energieholznutzung optimal auszuschöpfen?
6. Gibt es eine interkantonale Strategie, wenn nein wird eine solche angestrebt?
7. Sind Grossanlagen und Wärmeverbandanlagen auf dem Kantonsgebiet in Planung?
8. Gibt es ein Konzept zur Förderung der Holzenergie bei Bau und Sanierung von öffentlichen Gebäuden und Immobilien im Besitz des Kantons?

Begründung: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Matthias Anderegg, 2. Mathias Stricker, 3. Nicole Wyss, Markus Ammann, Remo Bill, Simon Bürki, Simon Esslinger, Silvia Fröhlicher, Philipp Heri, Urs Huber, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Thomas Marbet, Franziska Rohner, Farah Rummy, Luzia Stocker, Nadine Vögeli, Marianne Wyss (19)

Stellungnahme RR: 05.07.2021 (schriftlich)

I 106/2021 (DDI)

Interpellation Fraktion FDP.Die Liberalen: Strategie "Stabsarbeit Regierungsrat" (12.05.2021)

Rund um die Bewältigung der aktuellen Pandemie und deren Folgen hat sich die Wichtigkeit professioneller, übergreifender und koordinierter Stabsarbeit und Kommunikationsführung gezeigt. Mit dem kantonalen Führungsstab (KFS) verfügt der Regierungsrat über eine ausgewiesene Organisation für Stabsarbeit in speziellen Situationen. Der KFS ist das Führungsorgan des Regierungsrats in besonderen und ausserordentlichen Lagen. Er hat insbesondere planerische und organisatorische Massnahmen für die Bewältigung von besonderen und ausserordentlichen Lagen (z.B. Katastrophen und Notlagen) zu treffen, Entscheidungsgrundlagen zu Handen der Regierung vorzubereiten und die widerspruchsfreie, professionelle Kommunikation sicherzustellen. Dieser Stab ist für die Führung in Krisen und bei besonderen Ereignissen konzipiert, arbeitet über alle Departemente hinweg und verfügt über ausgewiesene, umfassende Kompetenzen und entsprechende Erfahrungen. Entsprechend vereinigt der KFS grossmehrheitlich Kantonsmitarbeitende verschiedenster Fachrichtungen (Blaulichtorganisationen, Kantonsarzt, Technische Betriebe, Zivilschutz, Medienbeauftragte der Kantonsregierung, Staatsschreiber als Chef Recht, etc.) zu einem Gremium, welches rasch zur Verfügung steht und für die Führung von Krisensituationen strukturiert und trainiert ist. Der kantonale Führungsstab kann eingesetzt werden, wenn eine Situation die Möglichkeiten (Fähigkeiten, Kapazitäten, etc.) der Regelstrukturen übersteigt. Es geht dabei in erster Linie darum, dem Regierungsrat den Rücken freizuhalten, damit er weiterhin seine Funktion als Kollegialbehörde wahrnehmen kann.

Gemäss Medienberichterstattung und Stelleninseraten verstärkt sich das Departement des Innern (DDI) im Bereich Kommunikation und im Bereich Pandemie. So soll in den Aufgabenbereich des neuen vollzeitlichen Leiters oder der neuen vollzeitlichen Leiterin Fachstab Pandemie neben operativer Stabsarbeit in der aktuellen Pandemie auch die Aufarbeitung und Vorsorge künftiger Ereignisse fallen.

Es stellen sich verschiedene Fragen, wie weit das Amt für Gesundheit (GESA) resp. das DDI eine unnötige Parallelstruktur zum kantonalen Führungsstab aufbaut oder ob es nicht zielführender wäre, Kommunikation und Stabsarbeit des Regierungsrats weiterhin übergeordnet und aus einer Hand sicherzustellen. Dies insbesondere, da der Kantonsarzt als Mitglied des kantonalen Führungsstabs in diesen eingebunden und da auf die bestehenden Ressourcen zugreifen kann. Zudem verfügt die Kantonale Verwaltung mit der Katastrophenvorsorge im Amt für Militär und Bevölkerungsschutz bereits über eine anerkannte Stabsstelle, die sich exakt mit denselben Szenarien und Vorbereitungen wie der Kantonsarzt beschäftigt. Eine entsprechende Gefahren- und Risikoanalyse wurde von dieser Stabsstelle übergreifend im Jahre 2014 fertiggestellt und wird seither periodisch aktualisiert. Diese Analyse wurde vom Regierungsrat so genehmigt (RRB 2014/1030) und beinhaltet auch das Szenario einer Pandemie.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung nachfolgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Qualität der Arbeit des KFS grundsätzlich und im Fall der aktuellen Pandemie? Welche Aufträge/Aufgaben hat der KFS seit März 2020 erhalten?

2. Wie beurteilt der Regierungsrat die Zusammenarbeit zwischen dem KFS und dem GESA im Verlauf der aktuellen Pandemie?
3. Warum wurde dem KFS nicht die Oberverantwortung für die Stabsarbeit im Auftrag des Regierungsrats erteilt?
4. Erachtet der Regierungsrat die heutige, seit 14 Monaten andauernde Situation rund um COVID als besondere oder ausserordentliche Lage, welche die gesamte Bevölkerung und alle Departemente betrifft?
5. Vertritt der Regierungsrat die Ansicht, dass die Bewältigung der Pandemie lediglich Aufgabe des Gesundheitsamtes und nicht der Regierung ist?
6. Wie viele zusätzlichen Stellenprozente wurden im DDI und GESA im Verlauf der Pandemie seit deren Beginn im Frühjahr 2020 aufgebaut?
7. Was sind die Aufgaben des Fachstabes Pandemie? Wo ist er angegliedert und wie ist er zusammengesetzt?
8. Der Kanton Solothurn verfügt bis anhin über eine zentrale, in der Staatskanzlei angesiedelte Kommunikation. Hat sich dieses System nicht bewährt, dass der Regierungsrat nun für die Kommunikation des Fachstabes Pandemie ein Mandat vergeben hat und nun eine Stelle als Chef oder Chefin Kommunikation schafft?
9. Teilt der Regierungsrat die Bedenken der Interpellanten, dass im Verlauf der Pandemie eine Parallelstruktur (Führung und Kommunikation) entstanden ist, welche mit Regelstrukturen im GESA und auch in der gesamten Kantonsverwaltung schon lange nichts mehr zu tun hat.
10. Würde es - falls es gesetzliche Hindernisse gäbe, den KFS breiter einzusetzen - Sinn machen, die gesetzlichen Grundlagen anzupassen, damit der kantonale Führungsstab als bestehende und ausgebildete Krisenführungsorganisation unterstützend eingesetzt werden kann?

Begründung: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Stefan Nünlist, 2. Markus Spielmann, 3. Daniel Probst, Philippe Arnet, Johanna Bartholdi, Martin Flury, Thomas Fürst, David Häner, Freddy Kreuchi, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Marco Lupi, Simon Michel, David Plüss, Martin Rufer, Beat Späti, Urs Unterlerchner, Mark Winkler, Hansueli Wyss, Rémy Wyssmann (21)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 111/2021 (BJD)

Interpellation Nicole Hirt, Grenchen (glp, Grenchen): Risikoabwägung bezüglich Wasserversorgung (12.05.2021)

Der Perimeter rund um die Grundwasserschutzzonen wurde ausgeweitet, so dass Quellen, die vorher problemlos den Wasserversorgungen gedient haben, plötzlich ausgeschlossen werden könnten. Ein weiteres Problem, das sich in den letzten zwei Jahren manifestiert hat, ist der Gehalt an Chlorothalonil im Grundwasser. Vor diesem Hintergrund und auch in Anbetracht der Tatsache, dass der Kanton Solothurn dereinst an Wasserknappheit leiden könnte, bitte ich die Regierung um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Quellen, die der Trinkwasserfassung dienen, gibt es im Kanton Solothurn?
2. Wie viele wurden/werden nach der Anpassung des Schutzzonenreglementes wegen intensiver Bewirtschaftung, Strassenführungen, Steinbrüche etc. ausgeschlossen?
3. Wurden Alternativen zu Frühwarnsystemen geprüft? Wenn ja, welche, wenn nein, warum nicht?
4. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass kleine saubere Quellen mit einem geringen Gefahrenpotential (tritt überhaupt je ein Ereignis ein?) in der Risikoabwägung besser einzustufen sind als Grundwasser, das ständig mit Chlorothalonil belastet ist und verdünnt werden muss?
5. Täuscht der Eindruck, dass der Kanton kleinere Quellen aufheben will, u.a. auch, weil die Arbeitslast minimiert werden könnte?

Begründung: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Nicole Hirt, 2. Thomas Lüthi, 3. Samuel Beer, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Rea Eng-Meister, Simon Esslinger, Myriam Frey Schär, Christian Ginsig, Philipp Heri, Urs Huber, Stefan Hug, Karin Kälin, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Simone Rusterholz, Sarah Schreiber, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Nadine Vögeli, Jonas Walther, Marianne Wyss, André Wyss, Nicole Wyss (25)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 113/2021 (BJD)

Interpellation Stephanie Ritschard (SVP, Riedholz): Deponiesicherheit im Kanton Solothurn (12.05.2021)

Gemäss Medienberichterstattung ist im Steinbruch Mitholz-Blausee (Kanton Bern) über längere Zeit und illegalerweise verschmutzter Abfall, der aus dem Kanton Zürich stammt, abgelagert beziehungsweise deponiert worden. Obwohl es sich beim genannten Vorfall wahrscheinlich um ein serielles Delikt mit äusserst raffinierter Vorgehensweise gehandelt hat, haben am Standort Blausee die Sicherheitsdispositive, welche die Annahme kontaminierter Materialien verhindern sollten, ganz offenkundig versagt. Solches darf im Kanton Solothurn, wo an zwölf Stellen unverschmutztes Aushubmaterial und an zwei Stellen Inertstoffe (eines in Riedholz) eingelagert werden, nicht passieren. Zwar beweist die Seltenheit von kritischen Vorfällen in der gesamten Schweiz, dass die Vorgaben der relevanten Verordnung des Bundes (Abfallverordnung, VVEA) aus dem Jahr 2015 gut funktionieren. Wie jedoch das unschöne Beispiel aus dem Kanton Bern zeigt, müsste die Sicherheit vielleicht doch noch umfassender gewährleistet werden. Eine Information durch den Regierungsrat zur diesbezüglichen Situation im Kanton Solothurn ist angebracht, ebenso – falls für notwendig angesehen – ein Nachschärfen der Sicherheitsmassnahmen.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Mit welchen Sicherheitsdispositiven und Auflagen an die Grubenbetreiber wird sichergestellt, dass in die in unserem Kanton gelegenen Gruben nur das vorgesehene und gemäss Grubentyp zulässige Material (Inertstoffe, sauberer Aushub) gelangt?
2. Wie vollziehen die zuständigen kantonalen Behörden im Kanton Solothurn das System zur Gewährleistung der Sicherheitsdispositive und zur Überwachung der Einhaltung der Auflagen, die für die Betreiber von Deponien gelten?
3. Hält der Regierungsrat die im Kanton Solothurn geltenden Sicherheitsdispositive für ausreichend, um zu verhindern, dass es zu einem Vorfall wie im Berner Oberland (Steinbruch Mitholz-Blausee) kommt, wo über längere Zeit unbemerkt und unzulässigerweise verschmutzter Abfall in einer dafür nicht vorgesehenen Grube abgelagert worden ist?
Sollte der Regierungsrat die im Kanton Solothurn vorhandenen Schutzmechanismen für nicht hinreichend halten, bitte ich um folgende Auskünfte:
 - a. Wo und in welcher Form müssten nach Auffassung des Regierungsrats Auflagen verschärft und Kontrollen intensiviert werden?
 - b. Ist der Regierungsrat der Auffassung, dass die derzeit vorhandenen kantonsrechtlichen Bestimmungen ausreichen, um eine Erhöhung der Sicherheit zu erreichen, oder hält er eine Anpassung/Ergänzung für erforderlich?

Begründung: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Stephanie Ritschard, 2. Thomas Lüthi, 3. Kevin Kunz, Josef Fluri, Beat Künzli, Adrian Läng, Andrea Meppiel, Werner Ruchti, Christine Rütli (9)

Stellungnahme RR: 05.07.2021 (schriftlich)

I 135/2021 (BJD)

Interpellation Heinz Flück (Grüne, Solothurn): Planungs- und Realisierungstau für Velowege? (06.07.2021)

Auch der Kanton Solothurn hat erkannt, dass die Förderung des Veloverkehrs eine wichtige öffentliche Aufgabe ist. Bereits vor der Abstimmung über den Bundesbeschluss Velo im Jahr 2018 hatte der Kantonsrat am 27. Januar 2016 den Auftrag «Der Regierungsrat wird beauftragt, den Netzplan Velo zu einem Konzept für den Langsamverkehr zu überarbeiten, der die Velorouten von kantonaler Bedeutung bezeichnet» erheblich erklärt. Am 1. April 2020 hatte das AVT einen vollamtlichen Leiter Langsamverkehr angestellt. Am 23. Juni 2020 hatte der Kantonsrat das neue Strassengesetz verabschiedet. Dieses ist seit dem 1. Januar 2021 in Kraft. Es regelt die Finanzierung von Velowegen von kantonaler Bedeutung und hält fest: «Der Regierungsrat bezeichnet die Velowege von kantonaler Bedeutung». Gemäss Zitat im SZ/OT vom 15. Mai 2021 äusserte sich der Leiter des AVT, dass Resultate der Planung für die Velowege von kantonaler Bedeutung erst Ende 2022 erwartet werden können. Für das vorgesehene doch sehr bescheidene Investitionsvolumen von jährlich max. 2 Millionen Franken erscheint diese Planungsphase sehr lang.

Wir bitten deshalb den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Stand des Plans Velowege von kantonaler Bedeutung – sowohl für den Alltags- wie auch für den Freizeitverkehr?
2. Warum verzögert sich die Fertigstellung bis mindestens Ende 2022?
3. Können einzelne unbestrittene Netzelemente bereits planerisch konkretisiert und vorgezogen umgesetzt werden?
4. Welche Vorkehrungen werden getroffen, um nach Fertigstellung des gesamten Netzplans Ende 2022 nicht weitere Jahre durch Detailplanung, Bewilligungsverfahren usw. zu verlieren?
5. Für welche konkreten Projekte wird das im Strassengesetz vorgesehene jährliche Investitionsvolumen von 0.5 – 2 Millionen Franken im Jahr 2021 eingesetzt? Was ist im Voranschlag 2022 vorgesehen?
6. Wie wird die Koordination für Velorouten, welche die Kantonsgrenzen überschreiten, sichergestellt?
7. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um die Planung und Umsetzung des kantonalen Velowegnetzes zu beschleunigen?
8. Wird der Regierungsrat mit dem Erstellen des Velowegnetzes von kantonaler Bedeutung auch Zielwerte zur Wirkung – wie z.B. einen konkreten Beitrag zur Verlagerung des Modalsplits – planen?

Begründung 06.07.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Heinz Flück, 2. Christof Schauwecker, 3. Daniel Urech, Janine Eggs, Anna Engeler, Marlene Fischer, Myriam Frey Schär, David Gerke, Barbara Wyss Flück, Simone Wyss Send (10)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 137/2021 (STK)

Interpellation Marianne Wyss (SP, Trimbach): Erteilung politischer Rechte für Menschen mit einer umfassenden Beistandschaft (06.07.2021)

Die UNO-Behindertenrechtskonvention (UNO-BRK) vom 13. Dezember 2006 ist in der Schweiz seit dem 15. Mai 2014 in Kraft. Die Schweiz verpflichtet sich damit zu einer inklusiven Gesellschaft, welche Menschen mit einer Behinderung sowohl bürgerliche, politische als auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zugesteht, unter anderem das Recht auf Barrierefreiheit, selbstbestimmte Lebensführung und Zugang zu Informationen.

Genf ist der erste der 26 Kantone in der Schweiz, in welchem Personen unabhängig von ihrer geistigen oder psychischen Behinderung abstimmen und wählen dürfen. Dazu gehört auch das passive Wahlrecht: Im Kanton Genf sind also auch Menschen mit Behinderungen in öffentliche Ämter wählbar.

Der Schattenbericht zur UNO-BRK von Inclusion Handicap vom 16. Juni 2017 stellt fest, dass die Schweiz betreffend die politische Teilhabe ihren Verpflichtungen nicht nachkommt und somit internationales Recht verletzt und Menschen mit einer Behinderung diskriminiert. Der Bericht fordert auf Seite 139 konkret die «Streichung des systematischen Ausschlusses aus den politischen Rechten der Menschen in Art. 136 Abs. 1 BV sowie in Art. 4 BPR AuslCH561. Streichung von Art. 2 BPR sowie der entsprechenden Bestimmungen in den kantonalen Verfassungen und Gesetzen».

Im Kanton Solothurn ist das Stimm- und Wahlrecht im BGS 113.111 - Gesetz über die politischen Rechte (GpR) geregelt: Menschen mit einer Vertretungsbeistandschaft haben das Stimm- und Wahlrecht, Menschen mit einer umfassenden Beistandschaft nicht.

Zudem stellt der Bericht auf den Seiten 139 und 140 Forderungen auf, damit Menschen mit einer Behinderung das ihnen gewährte Stimm- und Wahlrecht tatsächlich wahrnehmen können. Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Welche Arten von Beistandschaften gibt es, wie sind sie charakterisiert und wie viele Menschen im Kanton Solothurn (Erwachsene, Kinder) sind verbeiständet? Wie viele Personen in den jeweiligen Beistandschaften haben keine politischen Rechte?
2. Wie wird sichergestellt, dass Verbeiständete ihre politischen Rechte ausüben können?
3. Anerkennt der Regierungsrat, dass der Kanton Solothurn die UNO-BRK nur dann erfüllt, wenn er auch Menschen mit einer umfassenden Beistandschaft das Stimm- und Wahlrecht erteilt?
4. Welche Forderungen des Schattenberichts auf den Seiten 139 und 140 erfüllt der Kanton Solothurn bereits, welche nicht? Ist der Regierungsrat bereit, diese zukünftig zu erfüllen und wie will er dies angehen?
5. Gibt es im Kanton Solothurn weitere Themen, die im Rahmen der UNO-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen nicht umgesetzt wurden? Wie gedenkt der Regierungsrat diese Umsetzung anzugehen?
6. Hat der Bund bereits interveniert und die Umsetzung der UNO-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen eingefordert? Welchen Austausch gibt es unter den kantonalen Regierungen zu diesem Thema?

Begründung 06.07.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Marianne Wyss, 2. Luzia Stocker, 3. Nadine Vögeli, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Simon Esslinger, Silvia Fröhlicher, David Gerke, Urs Huber, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Thomas Marbet, Franziska Rohner, Farah Rummy, Mathias Stricker, Nicole Wyss, Barbara Wyss Flück, Simone Wyss Send (21)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 138/2021 (BJD)

Interpellation Marlene Fischer (Grüne, Olten): Baustoffrecycling und Verwendung von Recyclingbaustoffen - Quo vadis? (06.07.2021)

Bauabfälle (Betonabbruch, Mischabbruch, Strassenaufbruch, Ausbauasphalt, usw.) haben mit ca. zwei Dritteln den grössten Anteil am produzierten Abfallvolumen der Schweiz. Die Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (VVEA) sieht deshalb vor, dass Bauabfälle möglichst vollständig zu verwerten sind. Durch die Verwertung von Bauabfällen werden Recyclingbaustoffe (RC-Baustoffe) hergestellt. Auch aus Elektroofenschlacke (EOS), welches als

Nebenprodukt beim Stahlrecycling anfällt, kann ein bautechnisch wertvolles EOS-Granulat hergestellt werden.

Durch den Einsatz von RC-Baustoffen bei Bauvorhaben können die knappen Kies- und Sandressourcen geschont, die Landschaften geschützt, die Stoffkreisläufe geschlossen und die zu deponierenden Bauabfälle minimiert werden.

Im Jahr 2014 fielen im Kanton Solothurn 230'000 m³ mineralische Bauabfälle an. Davon wurden 86% recycelt. Von allen im Jahr 2014 im Kanton Solothurn verbauten Baustoffen (877'000 m³) lag der Anteil der RC-Baustoffe jedoch nur bei 31%. In der kantonalen Baustoffrecycling-Strategie 2016 wurde dementsprechend das „Problem der wachsenden Haufen“ benannt – nämlich, dass Recycling-Betriebe teilweise auf ihren RC-Baustoffen sitzen bleiben.

Als Grund für die geringe Nachfrage wurde v.a. die mangelnde Akzeptanz gegenüber RC-Baustoffen genannt. Dass heute qualitätsgeprüfte RC-Baustoffe anstelle von «Hausmischungen» verfügbar sind, ist oft genauso unbekannt, wie dass RC-Beton dank stetiger Forschung und Weiterentwicklung der letzten 30 Jahre heutzutage nahezu die gleichen Eigenschaften aufweist wie Primärbeton. Einerseits gibt es in der Schweiz 1'690 Minergie-Eco-zertifizierte Gebäude mit mindestens 50% RC-Beton, darunter 17 im Kanton Solothurn. Andererseits fehlt Bauherren oft der Mut zur Wahl innovativer Baustoffe – obwohl RC-Beton tendenziell günstiger ist als Primärbeton, es CO₂-reduzierten Zement (z.B. CEM III/B) gibt und RC-Beton durch vorgängige Prüfung auf Referenzflächen auch für Sichtbetonbauteile in Frage kommen. Auch im Strassenbau wurde dieses Jahr eine Best Practice Guideline für Ausbausphal und Einsatz von Niedertemperaturasphalt erarbeitet (Kies für Generationen). Diese zeigt auf, welche Recyclinganteile im Asphaltmischgut eingesetzt werden können.

2019 hatte RC-Beton einen schweizweiten Marktanteil von nur ca. 15%. CO₂-reduzierter Zement ist ein Nischenphänomen. Zudem wurde im Kanton Thurgau kürzlich festgestellt, dass die Verwertung der RC-Baustoffe zu rund drei Vierteln in loser Form erfolgt, was einem «Downcycling» entspricht.

Dabei geht es schon längst anders: In der Stadt Zürich werden seit 2005 alle öffentlichen Gebäude mit RC-Beton gebaut, mit einem Anteil von ca. 90% RC-Beton am Gesamtbetonvolumen. Seit 2015 wird zudem CO₂-reduzierter Zement eingesetzt.

Auch der Kanton Solothurn hat sich mit der Baustoffrecycling-Strategie 2016 zumindest qualitativ einer Vorreiterrolle verschrieben («Einsatz von RC-Baustoffen als Standard für öffentliche Neubauten»).

Der Regierungsrat wird deshalb um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

9. Welche Bauabfälle (inkl. EOS) fallen in welcher Menge im Kanton Solothurn aktuell an?
10. Welche Bauabfälle (inkl. EOS) werden in welcher Menge im Kanton Solothurn aktuell deponiert?
11. Welche Bauabfälle (inkl. EOS) werden in welcher Menge im Kanton Solothurn aktuell wiederverwendet und recycelt?
12. Wie gross ist aktuell der Anteil von verwendeten RC-Baustoffen (inkl. EOS-Granulat) bei Bauvorhaben im Kanton Solothurn (aufgeschlüsselt nach Art RC-Baustoff, Hochbau/Tiefbau/Strassenbau, Verwendungszweck)? Welchen Anteil hat dabei direkt vor Ort wiederverwendeter Strassenaufbruch? Welchen Anteil hat dabei die Verwendung von RC-Baustoffe (inkl. EOS-Granulat) in loser Form?
13. Gibt es konkrete Bauprojekte der öffentlichen Hand, wo der Einsatz von EOS-Granulat vorgesehen ist? Wenn ja, welche? Wenn nein, weshalb nicht?
14. Gibt es konkrete Bauprojekte der öffentlichen Hand, wo der Einsatz von CO₂-reduziertem Zement vorgesehen ist? Wenn ja, welche? Wenn nein, weshalb nicht?
15. Für welche Materialien und Verwendungszwecke ist eine Erhöhung des Anteils der RC-Baustoffe bei Bauvorhaben der öffentlichen Hand möglich, zweckmässig und angestrebt?
16. Wie wird die Verwendungsempfehlung für RC-Baustoffe bei öffentlichen Bauvorhaben aktuell durchgesetzt und kontrolliert (qualitativ/quantitativ, Planung/Ausführung)?
17. Übernimmt der Kanton Solothurn zeitnah die höheren Ausbausphalanteile der Best Practice Guideline und falls ja, wann fliesst dies in die ersten Ausschreibungen ein?

18. Wie beurteilt der Regierungsrat die Umwandlung der qualitativen Verwendungsempfehlungen für RC-Baustoffe in quantitative, zwecks- und materialgebundene Vorgaben bei Bauprojekten der öffentlichen Hand?

Begründung 06.07.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Marlene Fischer, 2. Freddy Kreuchi, 3. Thomas Lüthi, Matthias Anderegg, Samuel Beer, Matthias Borner, Janine Eggs, Anna Engeler, Rea Eng-Meister, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, David Gerke, David Plüss, Sarah Schreiber, Beat Späti, Markus Spielmann, Mathias Stricker, Daniel Urech, Jonas Walther, Barbara Wyss Flück, Simone Wyss Send (21)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 145/2021 (BJD)

Interpellation Fraktion Grüne: Road Security Inspections (RSI) im Kanton Solothurn (07.07.2021)

Mit der Road Security Inspection (RSI) existiert ein Hilfsmittel, Strassen, Strassenabschnitte oder einzelne Objekte im Strassenraum (z.B. Streifen für Fussgänger und Fussgängerinnen) auf ihr Sicherheitsniveau systematisch zu analysieren und gegebenenfalls notwendige Massnahmen zur Behebung von Sicherheitsmängeln zu treffen.

Mithilfe von RSI können Strasseneigentümer und Strasseneigentümerinnen dem gesetzlichen Auftrag der Verkehrssicherheit nachkommen (Art. 6a Abs. 1 nach dem Strassenverkehrsgesetz SVG). Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) empfiehlt, RSI in regelmässigen Abständen durchzuführen.

Ich bitte den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen zur Thematik der RSI und analogen/ähnlichen Strassensicherheitsinspektionsprogrammen im Kanton Solothurn:

1. Existiert ein Programm, welches sicherstellt, dass Kantonsstrassen mittels RSI oder ähnlichen Strassensicherheitsinspektionsprogrammen analysiert werden? Falls ein solches Inspektionsprogramm existiert, bitte ich um Bekanntmachung davon.
2. In welcher Regelmässigkeit werden an neuralgischen Stellen RSI/andere Strassensicherheitsinspektionsprogramme durchgeführt?
3. Wodurch werden RSI/Strassensicherheitsinspektionsprogramme im Kanton Solothurn ausgelöst?
4. Wie werden Stellen, welche ein erhöhtes Sicherheitsrisiko aufweisen, identifiziert? Falls solche Stellen bereits identifiziert wurden, bitte ich um eine Auflistung davon.
5. Wer führt im Kanton Solothurn RSI/Strassensicherheitsinspektionsprogramme durch?
6. Über die Solothurner Kantonsstrassen führen zahlreiche gekennzeichnete Velowege von SchweizMobil: wie werden diese Strassenabschnitte in Bezug auf Strassensicherheit überprüft und beurteilt?
7. Wann wurde die Gempenstrasse zwischen Dornach und Gempen, welche regelmässig durch Verkehrssicherheitsdefizite auffällt, letztmals mittels RSI oder einem ähnlichen Strassensicherheitsinspektionsprogramm analysiert? Was waren die Erkenntnisse davon? Welche Massnahmen wurden getroffen?

Begründung 07.07.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Christof Schauwecker, 2. Daniel Urech, 3. Heinz Flück, Janine Eggs, Anna Engeler, Marlene Fischer, Myriam Frey Schär, David Gerke, Barbara Wyss Flück, Simone Wyss Send (10)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 149/2021 (DDI)

Interpellation Fraktion SVP: Polizeieinsatz in Solothurn und Umgebung vom 29. Mai 2021 (07.07.2021)

Es ist allgemein bekannt, dass die auf den 29. Mai 2021 in der Stadt Solothurn angekündigte Demonstration gegen die Corona-Massnahmen nicht bewilligt und demzufolge vom Veranstalter abgesagt wurde. Dasselbe war bezüglich einer geplanten Gegendemonstration zu vernehmen. Trotz der Absage wurde die Stadt komplett abgeriegelt und unbescholtene Bürger konnten nur unter widrigen Umständen die Stadt überhaupt betreten. Alle standen unter Generalverdacht, potentielle Demonstranten zu sein. Sogar im Umfeld der Stadt fanden Verkehrskontrollen statt und bei der Ausfahrt Solothurn kam es zu einem Rückstau. Besorgte Bürger und Bürgerinnen erkundigten sich bei uns über Sinn und Unsinn, Verhältnismässigkeit und Kosten für den Steuerzahler. Der Presse war zu entnehmen, dass das massive Polizeiaufgebot mit Corps aus den Konkordats-Kantonen zu Kosten von 70'000 Franken für den Kanton Solothurn führe. Als Begründung für diesen massiven Aufmarsch war einzig zu vernehmen, dass lediglich der verfassungsmässige und gesetzliche Auftrag erfüllt wurde.

Wir bitten die Regierung höflich um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wer hat diesen Einsatz angeordnet und wer trägt die Verantwortung?
2. Fand in diesem Zusammenhang eine Kommunikation zwischen Bund und Kanton im Vorfeld des Einsatzes statt? Wenn ja, welche?
3. Waren der Einsatz und das Aufgebot verhältnismässig? Bisher gab es bei solchen Veranstaltungen doch keine Gewaltbereitschaft.
4. Es war bekannt, und es wurde sogar in vielen Kanälen der sozialen Medien dazu aufgefordert, als Massnahmen-Kritiker nicht nach Solothurn zu gehen, sondern an die bewilligte Demonstration nach Genf. Dies musste die Kantonspolizei (Kapo) Solothurn auch gewusst haben und hätte das Dispo dementsprechend anpassen können. Wieso ist dies nicht passiert?
5. Musste ein Wasserwerfer ins Dispo aufgenommen werden? Bisher war ein Wasserwerfer in keiner Stadt im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen die Corona-Massnahmen im Einsatz.
6. Wie hoch sind die final zu erwartenden pagatorischen Kosten, inkl. diejenigen, die am 21. Juni 2021 (Datum des Zeitungsartikels) noch nicht fällig waren oder noch nicht in Rechnung gestellt wurden?
7. Wie hoch sind die final zu erwartenden kalkulatorischen Kosten?
8. Wie wurden resp. werden die Kosten mit den benachbarten Polizeikorps abgerechnet? Über individuelle Rechnungsstellung oder über interne Kontokorrente? Wann erfolgen diese Abrechnungen?
9. Aus welchen Gründen durften die Demonstrantinnen des Frauenstreiks (ohne Maske) am 14. Juni 2021 in Solothurn demonstrieren? Diejenigen vom 29. Mai 2021 nicht? Wie begründen Sie diese Ungleichbehandlung?
10. Aus welchen Gründen wurden bei früheren, tatsächlich stattgefundenen Krawallen der linksautonomen Szene keine derart grossen Schutzdispositive mit Strassensperren an den Eingangachsen und Wasserwerfern aufgefahren und jeglicher Anflug von Demonstration sogleich präventiv im Keim erstickt? Was war diesmal anders?

Begründung 07.07.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Roberto Conti, 2. Rolf Sommer, 3. Rémy Wyssmann, Richard Aschberger, Matthias Borner, Johannes Brons, Tobias Fischer, Walter Gurtner, Sibylle Jeker, Kevin Kunz, Beat Künzli, Adrian Läng, Andrea Meppiel, Philippe Ruf, Christine Rütli (15)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

XI. Kleine Anfragen

K 103/2021 (FD)

Kleine Anfrage Matthias Borner (SVP, Olten): Stetige Zunahme des Bedarfs an externen Beratern und Berichten (12.05.2021)

In der Solothurner Verwaltung nimmt die Nachfrage nach qualifizierten Angestellten in der Zahl wie auch der Kompetenz nach ungebrochen zu. Daher würde man erwarten, dass der Bedarf nach externen Expertisen und Berichten sinkt, da man dieses Know-how intern hat. Gemäss Berichterstattungen des Kantons (Geschäftsbericht, IAFP) nehmen die Kosten für «Dienstleistungen und Honorare» stetig zu. Kosteten diese im Jahr 2013 noch 61 Millionen Franken, werden gemäss IAFP für das Jahr 2022 bereits 96,6 Millionen Franken prognostiziert. Viele Bürger und Bürgerinnen würden eine erhöhte Transparenz begrüßen.

Daher bitte ich die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Stellen wurden in der neuen Legislatur geschaffen und wie verteilten sich diese auf die einzelnen Departemente?
2. Wie hoch waren die Durchschnittslöhne 2013 in den einzelnen Departementen?
3. Wie hoch sind die Durchschnittslöhne in den einzelnen Departementen heute?
4. Könnte der Regierungsrat für die letzten 5 Jahre (2016-2020) eine nach Departement gegliederte Aufstellung aller externen Berichte und Berater aufführen, welche mehr als 10'000 Franken kosteten?
5. Welche davon wurden freihändig vergeben?
6. Könnte sich der Regierungsrat vorstellen, dass auch einmal aufgrund der zunehmenden Professionalisierung des eigenen Personals weniger externes Know-how eingekauft werden muss?
7. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, in Zukunft eine entsprechende Aufstellung einmal pro Jahr im Geschäftsbericht zu publizieren?

Begründung: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Matthias Borner, 2. Walter Gurtner, 3. Richard Aschberger (3)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 107/2021 (DDI)

Kleine Anfrage Stephanie Ritschard (SVP, Riedholz): Politische Aufarbeitung der Abstimmung Akontozahlungen an die Ertragsausfälle 2020 der Solothurner Spitäler und Kliniken aufgrund der COVID-19-Pandemie (12.05.2021)

Die finanziellen Folgen der Pandemie seien für die Solothurner Spitäler gravierend, ist im Geschäftsbericht zu lesen. Der Kanton Solothurn setzt sich gemäss Abstimmungsinformationen dafür ein, dass sich mindestens der Bund und wenn möglich auch die Versicherer an den Ertragsausfällen beteiligen werden.

Der Regierungsrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat den Umstand, dass mit der voreiligen Akontozahlung die Verhandlungsposition gegenüber dem Bund oder Krankenkassen, die Fehlbeträge dort noch zu erhalten, deutlich geschwächt wurde?
2. Mit welcher rechtlicher Grundlage und unter welchen datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen hat sich der CEO der Solothurner Spitäler AG (soH) brieflich an Bürger und Bürgerinnen des Kantons Solothurn mit einer expliziten Abstimmungswerbung gewendet? Widerspricht eine solche Abstimmungseinflussnahme nicht der Gewaltenteilung, da die soH als ex-

- terne Kantonsverwaltung und Staatsorgan neutral dem Legislativwillen von Parlament und Volk untergeordnet und nicht selbst zur Einflussnahme befugt ist?
3. Beim Thema Liquidität wurde immer wieder von grossen Herausforderungen gesprochen. Konnten zu einem Zeitpunkt keine Löhne oder offene Rechnungen bezahlt werden oder sind in absehbarer Zukunft solch konkrete Engpässe zu erwarten?
 4. Für was hat man Eigenkapital, wenn nicht für solch ausserordentliche Krisensituationen. Wie hoch ist das Eigenkapital momentan und in absehbarer Zeit?
 5. Im ganzen parlamentarischen Prozess und auch in der Abstimmungsinformation fehlten konkrete quantitative Informationen und Zahlen zu den Schlagworten «Liquidität», «erhebliche Belastungen», «Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz der Gesundheitseinrichtungen und Grundversorgung». Wie hätte eine solch konkrete «Gefährdung» ausgesehen? Wie kann in Zukunft diesbezüglich mehr Transparenz hergestellt werden, insbesondere wenn weitere Zahlungen an die soH bereits geplant sind?
 6. Die Wahl von Kurt Fluri in den Verwaltungsrat wirft hohe Wellen, was kurz nach der Abstimmung publik wurde. Spitalratsmitglieder sollen im Gesamtprofil folgende Fachkompetenzen abdecken: Spitalwesen, Unternehmensführung, Medizin und Pflege, Recht, Finanzen, Personalmanagement und Kommunikation. So steht es im Lehrbuch der Experten. Verfügt Herr Fluri über solche Kompetenzen? Wurde diese Vakanz als VR ausgeschrieben? Die Lohntransparenz des gesamten VR sollte vollständig offengelegt werden, wie setzt sich der Lohn eines VR zusammen (Fixum plus Sitzungsgelder)?

Begründung: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Stephanie Ritschard, 2. Thomas Lüthi (2)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 141/2021 (BJD)

Kleine Anfrage Hansueli Wyss (FDP.Die Liberalen, Brügglen): Bauen ausserhalb der Bauzone - warum dauert das Baubewilligungsverfahren so lange? (06.07.2021)

Bauten ausserhalb der Bauzone müssen zwingend vom BJD genehmigt werden. Nach der Ausschreibung in der Gemeinde wird das Gesuch zur Beurteilung an das ARP eingereicht. Dieses leitet das Gesuch an die involvierten Ämter zur Stellungnahme weiter. Zum Abschluss sammelt das ARP die Stellungnahmen und erstellt die Verfügung. Dieses Verfahren soll im Normalfall nicht länger als zwei Monate dauern.

Was in den letzten Jahren gut geklappt hat, funktioniert im Moment nicht mehr. Beim ARP stauen sich die Gesuche. Laut Auskunft ist der Ämterlauf längst beendet, für das Schreiben der Verfügungen reichen die Kapazitäten nicht.

Höflich bitte ich die Regierung, folgende Fragen zu beantworten:

1. Warum kann das ARP die Baugesuche nicht mehr fristgerecht behandeln?
2. Was gedenkt die Regierung zu tun, um diesen Missstand zu beheben?

Begründung 06.07.2021: schriftlich.

Dass ein Bewilligungsverfahren ausserhalb der Bauzone länger dauert, ist bekannt und auch begründet. Wenn aber das Verfahren nach der Ausschreibung in der Gemeinde noch einmal drei bis fünf Monate dauert, ist das für die Bauherrschaft sehr nervenaufreibend.

In der Diskussion mit Berufskollegen (Landwirten) ist zu hören, dass die meisten Ämter allfällige Unklarheiten oder fehlende Unterlagen unbürokratisch bilateral bereinigen bzw. einfordern. Das ARP jedoch sistiert das Verfahren und fordert den Umweg über die Gemeinde, was zu weiteren Zeitverzögerungen führt. Oder werden gar Machtspielchen zwischen kantonalen und kommunalen Baubehörden auf dem Buckel der Bauherrschaft ausgetragen?

Unterschriften: 1. Hansueli Wyss (1)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 143/2021 (STK)

Kleine Anfrage André Wyss (EVP, Rohr): Reduktion Wahlunterlagen (07.07.2021)

Während es in vielen Bereichen inzwischen normal geworden ist, dass aus Kosten- und Umweltbelastungs-Überlegungen Unterlagen – wenn möglich und sinnvoll – nicht mehr physisch verschickt werden, so ist dies bei den Wahlunterlagen nach wie vor ausschliesslich der Fall. In der Folge erhalten die Stimmberechtigten im Vorfeld von National- und Kantonsratswahlen unzähliges Wahlmaterial. Das meiste davon landet wohl direkt im Altpapier, sei es, weil gewisse Personen sich gar nicht für die Wahlen interessieren, oder weil der Entscheid für die Wahl bereits gefällt ist.

Als weitere Gruppe gibt es jene, die zwar die Wahlunterlagen studieren, aber bereit wären, dies online zu tun.

Aus diesem Grund stellt sich die Frage, ob es möglich und sinnvoll wäre, dass zukünftig die Wahlwerbung nicht mehr zwingend und umfassend physisch versandt werden müsste. Dabei geht es explizit nur um die Werbung; die offiziellen Wahlunterlagen selber – also Stimmzettel und Informationen – sollen weiterhin wie gewohnt zugestellt werden. Bezüglich der Wahlflyer soll es aber möglich sein, dass diese (z.B. mittels QR-Code) auf einer offiziellen Webseite des Kantons abgerufen werden können. Als Folge und Ziel würden somit mit der Zeit nur noch jene Personen die kompletten Wahlunterlagen (also inkl. Wahlflyer) erhalten, die dies auch so möchten (ähnlich dem Prinzip, wie wir es von den Steuererklärungen kennen). Alle anderen haben die Möglichkeit, die Wahlflyer online abzurufen.

Aufgrund dieser Überlegungen wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Könnte sich der Regierungsrat einen solchen Systemwechsel im Sinne von tieferen Kosten für die Parteien und einer Entlastung der Umwelt vorstellen? Welche gesetzlichen Änderungen wären nötig?
2. Sieht der Regierungsrat andere Möglichkeiten, um die Kosten und die Umweltbelastung im Zusammenhang mit der Wahlwerbung zu reduzieren, ohne dass dabei die politischen Rechte für die Stimmberechtigten eingeschränkt werden?

Begründung 07.07.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. André Wyss, 2. Jonas Walther (2)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 146/2021 (DDI)

Kleine Anfrage Christof Schauwecker (Grüne, Solothurn): Umsetzung der Antidiskriminierung - Strafnorm aufgrund der sexuellen Orientierung (07.07.2021)

Lesbische, schwule und bisexuelle Menschen sind aufgrund ihrer sexuellen Orientierung weiterhin regelmässig physischen und psychischen Angriffen ausgesetzt. Laut einem Bericht der Organisation Pink Cross wird der LGBT+-Helpline pro Woche mehr als ein Fall eines Hassverbrechens gemeldet, wobei die grosse Mehrheit der Übergriffe erst gar nicht gemeldet werden. Viele Opfer erfahren körperliche Gewalt und die Übergriffe haben schwerwiegende physische und psychische Folgen. Die Diskriminierung und Angriffe sind dabei sowohl für die Betroffenen als auch für die gesamte Community eine grosse Belastung, denn sie führen auch dazu, dass LGB-

Personen im öffentlichen Raum ihr Verhalten anpassen, um nicht als schwul, lesbisch oder bisexuell «aufzufallen».

Am 9. Februar 2020 sagte die Schweiz mit 63% Ja zum Schutz von LGB-Menschen vor Hass, wobei die Stimmbevölkerung im Kanton Solothurn diese Erweiterung der Strafnorm auf homophobe Aufrufe zu Hass (Art. 261bis StGB) mit 59% unterstützte. Doch ein Gesetz allein reicht nicht aus, es sind konkrete Massnahmen nötig: Obwohl die Bevölkerung ein deutliches Signal gesetzt hat, fehlt es noch immer an Aufklärungs- und Präventionsmassnahmen. Der Kanton Solothurn darf nicht untätig bleiben und muss gegen Diskriminierung und Angriffe gegenüber LGB-Menschen vorgehen.

In seiner Antwort auf das Postulat von Nationalrat Angelo Barrile (SP/ZH) «Nationaler Aktionsplan gegen LGBTQ-feindliche 'hate crimes'» hält der Bundesrat fest, dass es aufgrund des föderalistischen Systems auch Sache der Kantone und Gemeinden ist, diese erweiterte Strafnorm umzusetzen und mit «adäquaten Massnahmen der Sensibilisierung, Prävention, Intervention und Überwachung» zu ergänzen.

Um ein Bild über die aktuellen Massnahmen im Kanton Solothurn zu erhalten, die zur Umsetzung der erweiterten Antidiskriminierungs-Strafnorm ergriffen wurden, bitte ich um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wer ist im Kanton Solothurn für die Umsetzung der erweiterten Strafnorm verantwortlich und koordiniert die Massnahmen?
2. Welche Sensibilisierungsmassnahmen wurden ergriffen, um LGB-Feindlichkeiten in der Bevölkerung abzubauen und Taten präventiv zu verhindern? Gibt es Präventionsmassnahmen an Schulen?
3. Welche Massnahmen wurden zur Unterstützung und zum Schutz von Opfern ergriffen (einschliesslich der Sicherstellung des Zugangs zu Beratungsstellen)?
4. Welche Massnahmen wurden ergriffen, um den Zugang zur Justiz zu erleichtern, insbesondere um erschwerende Umstände zu untersuchen und abzubauen?
5. Welche Massnahmen wurden von der Kantonspolizei ergriffen, um diese neue Strafnorm anzuwenden? Welche Schulungen wurden insbesondere für Polizisten und Polizistinnen durchgeführt und welche Weisungen wurden verabschiedet?
6. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass die bisher ergriffenen Massnahmen ausreichen? Falls nein, wie können die Massnahmen verstärkt werden? Falls ja, wie kann die Abnahme der LGB-Feindlichkeit belegt werden?

Begründung 07.07.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Christof Schauwecker (1)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 150/2021 (BJD)

Kleine Anfrage Janine Eggs (Grüne, Dornach): Vorgaben zur Erstellung von Abstellplätzen für Motorfahrzeuge und Velos (07.07.2021)

Die Siedlungsfläche im Kanton Solothurn ist begrenzt und wird von vielfältigen Nutzungen beansprucht. Rund ein Drittel der Siedlungsfläche dient als Verkehrsfläche (Strassen, Abstellplätze, Eisenbahnanlagen u.a.). Abstellplätze für Motorfahrzeuge nehmen viel Raum ein, welcher für andere Nutzungen wie Wohnen, Arbeiten oder die Natur nicht mehr zur Verfügung steht. Zudem tragen Abstellplätze meist zur Versiegelung bei, verhindern damit die Infiltration von Regenwasser und sorgen für Wärmeinseln. Abstellplätze sind allzu oft optisch wenig ansprechend gestaltet, obwohl sie die Strassenzüge und Ortsbilder prägen.

Das Planungs- und Baugesetz (PBG) regelt in § 147 die Erstellung von Abstellplätzen, die Kantonale Bauverordnung (KBV) schreibt in § 42 und Anhang III die Anzahl Abstellplätze für Motorfahrzeuge vor. Die geforderte Anzahl Abstellplätze darf grundsätzlich nur unterschritten werden, wenn «(...) übergeordnete Interessen des Umweltschutzes oder der Raumplanung entgegen-

genstehen» (PBG § 147 Abs. 1). Regelungen zu unterirdischen Einstellhallen/Tiefgaragen bestehen im PBG und in der KBV keine.

Ebenfalls nicht geregelt ist die Erstellung von Abstellplätzen für Velos. Da immer mehr Personen das Velo fürs Pendeln und in der Freizeit nutzen, besteht sowohl an Start- als auch Zielorten (Wohnbauten, Geschäften, Büros, ÖV-Haltestellen etc.) das Bedürfnis nach ausreichend wettergeschützten Veloabstellplätzen.

In diesem Zusammenhang bitte ich um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie oft und für welche Art von Bebauungen wird die Anzahl geforderter Abstellplätze für Motorfahrzeuge unterschritten resp. ganz auf solche verzichtet?
2. Wie strikt wird auf den Richtwerten nach Anhang III KBV bestanden, resp. wie hoch sind die Anforderungen, um eine Bewilligung zur Unterschreitung zu erhalten?
3. Welche Möglichkeiten werden gesehen, den Richtwert bei bestimmten Bauten (z.B. bei guter ÖV-Erschliessung) zu senken?
4. Mit der Erstellung von unterirdischen Einstellhallen/Tiefgaragen wird die Verbauung von oberirdischen Flächen vermindert. Welche Anreize oder Pflichten zur Förderung von Einstellhallen bei grösseren Überbauungen (z.B. Mehrfamilienhäusern) bestehen von Seiten Kanton? Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, solche Anreize oder Pflichten zu verstärken?
5. Welche Reglementierungen (Verpflichtungen, Richtlinien, Leitlinien etc.) gelten für das Erstellen von (gedeckten) Abstellplätzen für Velos? Welchen Reglementierungsbedarf sieht der Regierungsrat diesbezüglich?

Begründung 07.07.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Janine Eggs (1)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 151/2021 (DDI)

Kleine Anfrage Stephanie Ritschard (SVP, Riedholz): Zukunft der Pflege nach Corona (07.07.2021)

Der sozioökonomische Wandel im Pflegebereich wurde durch die Corona-Krise massiv beschleunigt. Einerseits sind letztes Jahr leider deutlich mehr Menschen in Altersheimen gestorben, andererseits akzentuiert sich der Trend «ambulant vor stationär» in den Bedürfnissen der älteren Generation.

Der Regierungsrat wird gebeten folgende, Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Betten in Pflegeheimen sind im Kanton Solothurn nicht besetzt? Wie sieht der Vergleich zu den letzten fünf Jahren aus? Welche finanziellen Konsequenzen haben die Leerstände für den Kanton und die Gemeinden?
2. Welche kurz- und mittelfristigen Konsequenzen werden aus diesen Entwicklungen gezogen?
3. Wie sieht die Nachfrage nach Spitex-Dienstleistungen im Kanton Solothurn aus? Kann die Nachfrage aktuell und in Zukunft noch abgedeckt werden?
4. Sieht der Kanton Möglichkeiten, wie die Übergänge zwischen ambulant und stationär regulatorisch vereinfacht und flexibilisiert werden können? Etwa beim Personal, so dass Spitin, Spitex und stationäres Personal flexibler wechseln kann (Personaldurchlässigkeit)? Oder dass etwa Heimbereiche flexibel und modular in betreutes Wohnen o.ä. umgewandelt werden können (Patientendurchlässigkeit)?
5. Sieht der Regierungsrat Möglichkeiten, kurzfristig zur Linderung der aktuellen Probleme, aber allenfalls auch langfristig, die regulatorischen Vorgaben zu reduzieren, um den Pflegeinstitutionen mehr Freiheit, Innovation und Flexibilität zu ermöglichen, etwa beim Richtstellenplan (Gradmix-Vorgaben), bei den Baunormen, bei den allfälligen Trennungsvorschriften Spitin, Spitex und stationäre Pflegenden, beim Thema Q-Reporting und Audits, bei der Be-

rechnung der Ausbildungsverpflichtungen oder minimalen Stellenprozenten im Spitex-Bereich, bei Raumvorgaben oder Vorgaben im Bereich Führung und Management?

6. Wie könnte im Pflegebereich die dringend nötige Innovation gefördert werden? Könnte sich der Regierungsrat einen sogenannten Innovationsartikel, Opting-Out-Klauseln oder andere Marktöffnungsmechanismen vorstellen, um neuen, innovativen Ideen überhaupt die Chance auf einen Systemeintritt zu bieten?

Begründung 07.07.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Stephanie Ritschard, 2. Kevin Kunz, 3. Christian Ginsig, Thomas Giger, Beat Späti, André Wyss (6)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 153/2021 (DBK)

Kleine Anfrage Remo Bill (SP, Grenchen): 1418coach-Ausbildung im Kanton Solothurn (07.07.2021)

Mit dem Programm 1418coach fördern und finanzieren Sportämter in elf Kantonen und dem Fürstentum Liechtenstein seit 2015 den Leiternachwuchs in J+S-Sportarten. Auf 2025 soll das Angebot 1418coach national erweitert werden.

Das Finden und Halten von ehrenamtlichen Leiterinnen und Leitern steht im Sorgenbarometer der Vereine ganz oben. Mit dem Programm 1418coach werden 14- bis 18-Jährige an erste Leiteraufgaben herangeführt und übernehmen Mitverantwortung in ihrem Sportverein. Die Ausbildung (Grundlagen des Leitens) an einem Wochenende ist spannend und lehrreich - die Nachfrage gross. Mit einer Gotte/Götti-Betreuung ihres Sportvereins werden die Jugendlichen zusätzlich unterstützt. Für ihren Einsatz erhalten sie eine kleine Entschädigung, z.B. 7 Franken für ein Training. 1418coach ist eine Erweiterung der bestehenden J+S-Ausbildung, welche ab 18 Jahren besucht werden kann.

Begründung 07.07.2021: schriftlich.

Die Ausbildung als 1418coach macht die Jugendlichen stolz. Sie werden befähigt schon im Teenageralter eine Aufgabe in ihrem Verein zu übernehmen, die Selbstvertrauen stärkt und Verantwortung weckt. Für die Vereine kann auch der Zeitraum bis zu einer Weiterbildung der Jugendlichen als J+S-Leiter und -Leiterin sinnvoll gestaltet werden. Gerade in diesem Alter springen viele Jugendliche ab und orientieren sich anderweitig. Geben wir den Jugendlichen diese Chance, dank einer Ausbildung Verantwortung zu übernehmen.

Je nach Sportart wird die Ausbildung alternierend in verschiedenen Kantonen angeboten. Das Sportamt des Kantons Bern, welches die 1418coach-Ausbildung anbietet, war zu Beginn noch offen gegenüber ausserkantonalen Teilnehmenden aus dem Kanton Solothurn. Da das Programm mit kantonalen Geldern finanziert wird, ist damit, gemäss neuester Rückmeldung aus dem federführenden Sportamt des Kantons Zürich, Schluss: «Leider ist es so, dass wir hier absolut keine Ausnahme machen. Wir nehmen nur Jugendliche auf, die aus Vereinen mit Sitz in einem «1418coach-Kanton» sind. Das ist auch klar die Abmachung unter allen Kantonen». Die Nachfrage beim Sportamt des Kantons Solothurn ergab, dass zurzeit im Kanton Solothurn keine 1418coach-Ausbildungen geplant sind.

Ich bitte den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Warum bietet das Sportamt des Kantons Solothurn die 1418coach-Ausbildung zurzeit nicht an?
2. Was braucht es, damit das Angebot 1418coach auch im Kanton Solothurn vor 2025 angeboten wird?

Unterschriften: 1. Remo Bill (1)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Mitteilungen

Mutationen im Mitgliederverzeichnis

Streichen:

Neu aufnehmen:

Ändern:

Fraktionssitzungen

FDP.Die Liberalen: Donnerstag, 26. August 2021, 17.30 Uhr, Wallierhof, Riedholz

Grüne:

SP/junge SP: Mittwoch, 25. August 2021, 18.45 Uhr, Jugendherberge Jurasaal EG,
Solothurn

SVP: Mittwoch, 25. August 2021, 19.00 Uhr, Restaurant Waldheim, Kestenholz

CVP/EVP:

glp: Donnerstag, 26. August 2021, 18.15 Uhr, Konferenzraum Ost, Rathaus
Solothurn

Ratsleitung*Präsidium:*

- P: Schumacher Hugo (SVP)
 1. VP: Vögeli Nadine (SP)
 2. VP: Koch Hauser Susanne (CVP)

Stimmzähler/innen

Bolliger Corina, Junge SP
 Cartier Daniel, FDP.Die Liberalen
 Koch Hauser Susanne, CVP

Ständige Kommissionen**Finanzkommission**

P: Borner Matthias, SVP
 VP: Thalmann Christian, FDP.Die Liberalen
 Aschberger Richard, SVP
 Bill Remo, SP
 Bürki Simon, SP
 Flück Heinz, Grüne
 Gloor Fabian, CVP
 Gurtner Walter, SVP

Geschäftsprüfungskommission

P: Arnet Philippe, FDP.Die Liberalen
 VP: Dick Markus, SVP
 VP: Schlatter Patrick, CVP
 Ammann Markus, SP
 Beer Samuel, glp
 Bolliger Corina, Junge SP
 Fischer Tobias, SVP
 Friker Patrick, CVP

Justizkommission

P: Urech Daniel, Grüne
 VP: Huber Urs, SP
 VP: Kissling Karin, CVP
 Bartholdi Johanna, FDP.Die Liberalen
 Eng-Meister Rea, CVP
 Fluri Josef, SVP
 Häner David, FDP.Die Liberalen
 Nünlist Stefan, FDP.Die Liberalen

Bildungs- und Kulturkommission

P: Mühlemann Vescovi Tamara, CVP
 VP: Fröhlicher Silvia, SP
 VP: Künzli Beat, SVP
 Conti Roberto, SVP
 Eggs Janine, Grüne
 Kreuchi Freddy, FDP.Die Liberalen
 Kumpli Michael, FDP.Die Liberalen
 Lupi Marco, FDP.Die Liberalen

Fraktionsvorsitzende:

Ammann Markus (SP/junge SP)
 Conti Roberto (SVP)
 Lüthi Thomas (glp)
 Ochsenbein Michael (CVP/EVP)
 Spielmann Markus (FDP.Die Liberalen)
 Wyss Flück Barbara (Grüne)

Schauwecker Christof, Grüne
 Sommer Rolf, SVP

Kälin Karin, SP
 Koch Hauser Susanne, CVP
 Michel Simon, FDP.Die Liberalen
 Plüss David, FDP.Die Liberalen
 Probst Daniel, FDP.Die Liberalen
 Walther Jonas, glp
 Wyss André, EVP

Gerke David, Grüne
 Hug Stefan, SP
 Lindemann Georg, FDP.Die Liberalen
 Schauwecker Christof, Grüne
 Sommer Rolf, SVP
 Widmer Marie-Theres, CVP
 Wyss Hansueli, FDP.Die Liberalen

Ruchti Werner, SVP
 Rummy Farah, SP
 Rusterholz Simone, glp
 Schreiber Sarah, CVP
 Unterlerchner Urs, FDP.Die Liberalen
 Vögeli Nadine, SP
 Wyssmann Rémy, SVP

Meier-Moreno Matthias, CVP
 Meppiél Andrea, SVP
 Nützi Daniel, CVP
 Rützi Christine, SVP
 Stricker Mathias, SP
 Wyss Nicole, SP
 Wyss Send Simone, Grüne

Sozial- und Gesundheitskommission

P: Stocker Luzia, SP
 VP: Studer Thomas, CVP
 Cartier Daniel, FDP.Die Liberalen
 Engeler Anna, Grüne
 Giger Thomas, SVP
 Ginsig Christian, glp
 Jäggi Hardy, SP
 Jeggli Rolf, CVP

Kunz Kevin, SVP
 Leibundgut Barbara, FDP.Die Liberalen
 Ritschard Stephanie, SVP
 Rohner Franziska, SP
 Späti Beat, FDP.Die Liberalen
 Vöggtli Bruno, CVP
 Wyss Flück Barbara, Grüne

Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission

P: Winkler Mark, FDP.Die Liberalen
 VP: Kupper Edgar, CVP
 Anderegg Matthias, SP
 Brons Johannes, SVP
 Esslinger Simon, SP
 Flury Martin, FDP.Die Liberalen
 Frey Schär Myriam, Grüne
 Gasser Kuno, CVP

Heri Philipp, SP
 Jeker Sibylle, SVP
 Lüthi Thomas, glp
 Nussbaumer Georg, CVP
 Rufer Martin, FDP.Die Liberalen
 Schumacher Hugo, SVP
 Von Sury-Thomas Susan, CVP

Redaktionskommission

P: Fürst Thomas, FDP.Die Liberalen
 VP: von Däniken Benjamin, CVP
 Ruf Philippe, SVP

Spezialkommissionen

Interparlamentarische Gremien**Interparlamentarische Konferenz der Nordwestschweiz (IPK)***Von Amtes wegen:*

Präsident/in (Schumacher Hugo, SVP)
 I.Vizepräsident/in (Vögeli Nadine, SP)
 Letzjähriger Präsident (Urech Daniel, Grüne)

Ordentliche Mitglieder:

Gasser Kuno, CVP
 Läng Adrian, SVP
 Wyss Hansueli, FDP.Die Liberalen

Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission Polizeischule Hitzkirch (IPK Hitzkirch)

Bartholdi Johanna, FDP.Die Liberalen

Kissling Karin, CVP

Interparlamentarische Kommission der Fachhochschule Nordwestschweiz (IPK FHNW)^{*)}

Fischer Marlene, Grüne
 Kummli Michael, FDP.Die Liberalen
 Nützi Daniel, CVP

Sommer Rolf, SVP
 Wyss Marianne, SP

Oberrheinrat

Gasser Kuno, CVP